

Deutsche Bäcker- und Konditoren-Zeitung

Organ des Verbandes der Bäcker und Konditoren, Lebküchler, Arbeiter und Arbeiterinnen in der Kakes-, Zuckerwaren- und Schokoladen-Industrie

Verbandsmitglieder erhalten das Blatt unentgeltlich. Abonnement pro Quartal Mk. 2

Offizielles Organ der Zentral-Kranken- und Sterbe-Kasse der Bäcker und Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Dresden), Lillengasse Nr. 12

Insertionspreis pro dreispaltige Petitzeile 30 Pfg., für Mitgliederblatten 20 Pfg.

Die Gewerbeordnungsnovelle.

Die deutsche Arbeiterschaft — insbesondere die weibliche — hat kurz vor Weihnachten ein Geschenk erhalten, das auch wir jetzt nach dem Feste etwas genauer bespähren müssen. Dem Reichstage ging die noch vom Grafen Posadowski zugesagte Vorlage zur Aenderung der Gewerbeordnung zu. Die Aenderungen beziehen sich auf die Vorschriften über die Lohnzahlung, Lohnbücher, Arbeitszettel und -Zeugnisse, auf die speziellen Dienstverhältnisse der Werkmeister, Techniker und Betriebsbeamten, auf die Verhältnisse der Fabrikarbeiter, auf die Ausdehnung des Arbeiterschutzes auf die Hausindustrie und auf Strafverschärfungen wegen Arbeiterschutzes. Die erheblichste Bestimmung betrifft — wie angedeutet — die Arbeiterinnen, denen statt des bisherigen Elftunden-Maximalarbeits-tages ein solcher von zehn Stunden verkündet wird.

Das soll nach etwas aussehen und die Regierung stellt sich, als hätte sie mit bestem Willen eine große sozialpolitische Tat ausgeführt. Sie betrachtet anscheinend das Weihnachtsgeschenk als Dank für die Gottentottenwahlen oder gar als Entschädigung für das in Aussicht stehende Bündel neuer Verbrauchssteuern, welche, wenn ihre Annahme durchgeführt wird, das arbeitende Volk vollends schröpfen, aber dennoch das graue Elend im Staatsjüdel nicht mindern werden. Aber schon der Umstand, daß es gar das fünfundschwanzigste Mal ist, daß seit Einführung der Gewerbeordnung an ihr herumzuflicken gesucht wird, und dennoch wiederum von einer einwandfreien Sicherung des Koalitionsrechts keine Rede ist, würde jedem auch ohne Kenntnis der Einzelheiten des Entwurfs die Befürchtung aufdrängen, daß im ganzen nur zum fünfundschwanzigsten Male ein unzulängliches Reformchen herausgekommen sei. Und so ist es. Es sind Besserungen, die gebracht werden, und dennoch wird das Leben der Arbeit nur oberflächlich davon berührt. Bezeichnend für das Nachwerk ist es, daß es selbst von einer Zeitung vom Schlage des „Berliner Tageblatts“ als „hinkende Sozialreform“ gebrandmarkt werden mußte.

Ein Wunder wäre es freilich, wenn etwas Weiter-schauendes geschaffen werden sollte! Die Bevormundungs-sucht und Abneigung gegen jede selbständige Regung der Arbeiterklasse — die Furcht vor ihr! — ist in den Kreisen der Regierung von jeher, und ganz besonders unter dem Willkürherrscher, so groß, daß sogar die Neugestaltung einer Materie, wie die vorliegende, ohne jegliche Mitwirkung der Arbeiterschaft versucht wird. Dieser entschleiert man das Bild in seiner Schönheit erst in der letzten Minute, und keine Arbeiterorganisation, keine Institution, die die Arbeiter sich geschaffen, wird vorher gutachtlich gehört; dafür aber um so eingehender die Scharfmacher, die Arbeitgeberverbände, die schon seit Monaten sich mit dem Werk befassen konnten. Sicher hätte man die ganze Reform, wenn nur die Möglichkeit vorhanden gewesen wäre, noch länger aufgeschoben. Aber die Vervollkommnung der Technik, wie auch die durch die Arbeiterbewegung erkämpfte Gestaltung der Arbeitsverhältnisse war seit Jahren über den Rahmen der jetzigen Gewerbeordnung hinausgewachsen. Und da andere industrielle Staaten den gesetzlichen Arbeiterschutz zum Teil viel weiter ausgebaut hatten, konnte man sich 1906 einer Einladung der Schweiz zu einer internationalen Konferenz über Arbeiterschutz nicht entziehen; als die Berner Konvention dann allen Staaten aufgab, mindestens für Fabrikarbeiterinnen eine elfstündige Ruhepause einzuführen, mußte dem Rechnung getragen werden. Man tat's aber natürlich nach preussisch-deutscher Manier!

Sehen wir uns die einzelnen Artikel an!

Der erste bringt eine Verbesserung in bezug auf die Arbeitszeugnisse. Der großen Masse der Arbeiter-

schaft und auch dem Großunternehmertum sind Zeugnisse und ihr Inhalt über Leistungen heutzutage herzlich gleichgültig und meist als überflüssiger Ballast beseitigt. Man begnügt sich mit einem Arbeitschein über Beginn und Ende der ganzen Beschäftigung. In manchen Berufen jedoch und auch bei uns Bäckern und Konditoren, (bei letzteren fast noch in stärkerem Maße) steht der mittelalterliche Brauch noch in hohem Schwange, weil man glaubt, dadurch den Arbeiter besser am Zügel zu haben. Bisher brauchte der Arbeitgeber ein Zeugnis erst „beim Abgange“ auszustellen, wodurch der Stellenwechsel erschwert wurde. Die Vorlage will das Finden neuer Arbeit erleichtern, indem es nun heißen soll: „Bei der Beendigung des Dienstverhältnisses, im Falle der Kündigung von dieser an“. Der Artikel bringt weiter eine Ergänzung der Bestimmungen über Lohnbücher, welche bekanntlich der Bundesrat für bestimmte Gewerbe anordnen kann. (Sie sind bisher erst für die Kleider- und Wäschekonfektion eingeführt.) In diese Lohnbücher soll jetzt eingetragen werden:

1. Der Zeitpunkt der Uebertragung von Arbeit, Art und Umfang der übertragenen Arbeit, bei Akkordarbeit die Stückzahl.
2. Die Lohnsätze.
3. Die Bedingungen für die Lieferung von Werkzeugen und Stoffen zu den übertragenen Arbeiten.
4. Der Zeitpunkt der Ablieferung der Arbeit, Art und Umfang der abgelieferten Arbeit.
5. Der zur Auszahlung gelangende Lohnbetrag unter Angabe der etwa vorgenommenen Abzüge.
6. Der Tag der Lohnzahlung.

Der Bundesrat kann ferner bestimmen, daß in die Lohnbücher oder Arbeitszettel auch die Bedingungen für die Gewährung von Kost und Wohnung einzutragen sind, sofern Kost oder Wohnung als Lohn oder Teil des Lohnes gewährt werden sollen.

Im übrigen sind noch solche Eintragungen zulässig, welche sich auf den Namen, die Firma und den Niederlassungsort des Arbeitgebers, den Namen und Wohnort des Arbeiters, die übertragenen Arbeiten und die dafür vereinbarten oder gezahlten Löhne beziehen.

Auf die Eintragungen finden die Vorschriften des § 111 Abs. 3 und 4 entsprechende Anwendung.

Das Lohnbuch oder der Arbeitszettel ist von dem Arbeitgeber auf seine Kosten zu beschaffen und dem Arbeiter sofort nach Vollziehung der vorgeschriebenen Eintragungen kostenfrei auszuhändigen. Die Eintragungen sind von dem Arbeitgeber oder dem dazu bevollmächtigten Betriebsleiter zu unterzeichnen.

Sofern nicht der Bundesrat anderweitige Bestimmungen trifft, sind die in Ziffer 1 bis 3 genannten Eintragungen vor oder bei der Uebergabe der Arbeit, die in Ziffer 4 genannten bei der Abnahme der Arbeit, die in Ziffer 5 und 6 vorgeschriebenen bei der Lohnzahlung mit Tinte zu bewirken und zu unterzeichnen.

Die Lohnbücher sind mit einem Abdruck der Bestimmungen der §§ 115 bis 119a Abs. 1 und des § 119b zu versehen.

Auf die von dem Bundesrate getroffenen Anordnungen findet die Bestimmung im § 120g Anwendung.

Das Lohnbuch würde also eine etwas zweckmäßigere Fassung als Abrechnungsbuch erhalten und dadurch helfen, die häufigen Differenzen bei Berechnung und Auszahlung des Lohnes zu vermindern.

Als ein Fortschritt in anderer Beziehung ist noch anzuerkennen, daß Artikel I ferner den Gemeinden in Zukunft gestattet, auch für weibliche Arbeiter unter 18 Jahren den Fortbildungsschulzwang anzuordnen. Es entspricht dies zum Teil einer alten Forderung der Sozialdemokratie, welche von jeher für die weitgehendste Bil-

dungsmöglichkeit der Jugend beiderlei Geschlechts eingetreten ist.

Artikel II, welcher sich mit den Dienstverhältnissen der Werkmeister, Techniker usw. befaßt, stellt diese im Wesentlichen mit den Handlungsgehilfen gleich. Die Mangelhaftigkeit und Rückständigkeit des ganzen Entwurfs kommt jedoch schon in diesem Artikel dadurch zum Ausdruck, daß zunächst die sogenannte Konkurrenzklause, die zu einer Geißel der Angestellten geworden ist, nur eine ungenügende Einschränkung erfährt. Sie soll in ihrer Wirkung auf die Dauer von drei Jahren nach Beendigung des Dienstverhältnisses beschränkt werden, und anderweitige Vereinbarungen sollen ungültig sein, sofern dem Angestellten das zuletzt bezogene Gehalt nicht weiter bezahlt wird. Ueberdies wird die Konkurrenzklause aufgehoben, wenn der Unternehmer durch vertragswidriges Verhalten Grund zur Lösung des Dienstverhältnisses gibt. Wer einbart die Konkurrenzklause anstatt des Schadensersatzes eine Strafe, so entfällt jede andere Schadensersatzpflicht.

Es ist aber, und das ist ein schwerer Nachteil, von einem Verbot der Anwendung der Konkurrenzklause auf die Arbeiter nichts zu finden!

Diese Frage ist auch für unsere Mitglieder nicht belanglos, da z. B. in der Schokoladenbranche in der Tat Spezialarbeiter schon öfter die Bedingung eingehen mußten, in einem gewissen Zeitraum nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses bei Konkurrenzfirmen eines bestimmten Rahmens nicht einzutreten. Uns ist sogar der Fall bekannt, daß in den neunziger Jahren eine Leipziger Firma ihren sämtlichen Arbeitern durch Arbeitsordnung verbieten wollte, innerhalb zweier Jahre nach Entlassung ohne Erlaubnis der Firmeninhaber bei einer anderen Zuckermwarenfabrik in Leipzig tätig zu sein. Solchen unerhörten Anmaßungen der Unternehmer sollte ein Riegel vorgeschoben werden, und hoffentlich gelingt es den Vertretern der Arbeiterschaft im Parlamente, dieses durchzusetzen.

Der Artikel III bringt den anscheinend so großen Wurf. Es wird zunächst jede Unterscheidung zwischen Gehilfen und Arbeitern in Fabriken beseitigt, ebenso zwischen Lehrlingen und jugendlichen Arbeitern. Für die Geltung der Fabrikvorschriften soll künftig nur noch die Zahl der beschäftigten Arbeiter maßgebend sein, wobei die Sonderstellung der Motorenbetriebe aufhört und nur noch zwischen Betrieben mit mindestens 10 Arbeitern und solchen mit mindestens 20 Arbeitern unterschieden wird. Der Schutz der jugendlichen Arbeiter wird ergänzt durch die Vorschrift einer mindestens elfstündigen Ruhezeit. Die Beschäftigung von Arbeiterinnen über 16 Jahre darf vom 1. Januar 1910 an täglich zehn Stunden nicht überschreiten; nach Beendigung der täglichen Arbeitszeit ist den Arbeiterinnen eine ununterbrochene Ruhezeit von mindestens elf Stunden zu gewähren. Wegen außergewöhnlicher Häufung der Arbeit kann auf Antrag des Arbeitgebers die untere Verwaltungsbehörde auf die Dauer von zwei Wochen die Beschäftigung von Arbeiterinnen über 16 Jahre bis 10 Uhr Abends an den Wochentagen, außer Sonnabends, unter der Voraussetzung gestatten, daß die tägliche Arbeitszeit 13 Stunden nicht überschreitet und die zu gewährenden ununterbrochene Ruhezeit nicht weniger als zehn Stunden beträgt. Vom 1. Januar 1910 an darf in diesem Falle die tägliche Arbeitszeit zwölf Stunden nicht überschreiten. Innerhalb eines Kalenderjahres darf die Erlaubnis einem Arbeitgeber für seinen Betrieb oder eine Abteilung seines Betriebes auf mehr als 60 Tage nicht erteilt werden. Für eine zwei Wochen überschreitende Dauer kann die gleiche Erlaubnis nur von der höheren Verwaltungsbehörde gewährt werden.

Der Reichskanzler kann vom 1. Januar 1910 ab eine anderweitige Betriebsregelung gestatten, wenn besondere Verhältnisse eine andere Festsetzung der Arbeitszeit der Arbeiterinnen erwünscht erscheinen lassen. Doch darf dann die tägliche Arbeitsdauer elf Stunden und die wöchentliche Arbeitszeit 60 Stunden nicht überschreiten.

Auch die Ausnahmen des § 139a werden etwas anders formuliert, indem jugendliche Arbeiterinnen zur Ueberarbeit nicht mehr herangezogen und erwachsene Arbeiterinnen nicht länger als 60 Stunden wöchentlich beschäftigt werden dürfen. Die Lohnzahlungsbücher für minderjährige Fabrikarbeiterinnen kommen in Fortfall.

Darin sollen also die wichtigsten Reformen enthalten sein! Jeder Arbeiter weiß aber, daß in Wirklichkeit diese Vorschläge um Jahre zu spät kommen, weil die Arbeiterschaft keine Lust hatte, auf die Gnade der Gesezmacher zu warten, sondern selbst den Kampf um ihre Wohlfahrt aufnahm und damit erreichte, daß nur noch 20 bis 25 pSt. der Arbeiterinnen heute in der Regel länger als 10 Stunden täglich arbeiten. In vielen Fällen noch kürzere Zeit. Selbst in unserer Fabrikbranche hat in den größeren Betriebsorten die zehnstündige Arbeitszeit mit wenigen Ausnahmen ihren Einzug halten müssen, und bis zur Einführung dieses gesetzlichen Schutzes im Jahre 1910 — solange will man den Arbeiterinnen obendrein diesen „fetten Happen“ noch vor-enthalten, weil das Unternehmertum sich gebärdet, als könnte die deutsche Industrie Schaden erleiden! — würde durch die rege Arbeit der Organisation wohl überall den Arbeiterinnen der Zehnstundentag errungen sein. — Die Arbeiterschaft würde es schließlich noch anerkennen, daß von einem bestimmten Zeitpunkte an auch den zurückgebliebenen Winkeln der Zehnstundentag ohne Kampf beschert würde, wenn nicht auf der anderen Seite die Ausnahmeregulierungen im Entwurfe noch vielfältiger wären als im jetzigen Gesetze. Es sollen nicht nur, wie bisher, 40, sondern 60 (!) Ausnahmefälle zugelassen werden, an welchen eine Dauer der Arbeitszeit von 12 Stunden zulässig sein soll! Das bedeutet natürlich für die, welche schon den Zehnstundentag besaßen und also das ganze Geschenk gar nicht brauchten, eine direkte Verschlechterung! Und noch eine andere Ausnahme schafft die Novelle durch Zulassung der täglich elfstündigen Arbeitsdauer im Rahmen der 60stündigen Arbeitswoche, „wenn besondere Verhältnisse eine andere Festsetzung der Arbeitszeit der Arbeiterinnen erwünscht erscheinen lassen“. Bisher war eine solche Regelung nach § 189a nur möglich unter gesetzlich genau geregelten Voraussetzungen. Wenn künftig schon „besondere Verhältnisse“ solche Berücksichtigung erheischen, so dürfte der Fall, daß die elf- oder zwölfstündige Arbeitsdauer der männlichen Arbeiter als Grund angegeben wird, die Arbeiterinnen wenigstens an 5 Wochentagen 11 Stunden zu beschäftigen, nicht selten sein. Dann würde diese Betriebsregelung ein direktes Hindernis sein für die Arbeitszeitverkürzung der männlichen Arbeiter.

Besser nimmt sich die Bestimmung aus, daß jugendliche Arbeiterinnen nicht mehr zur Ueberarbeit herangezogen werden dürfen; das wäre im Interesse der körperlichen Entwicklung eines jungen Mädchens schon längst notwendig gewesen.

Wie weit bleibt nach alledem der Entwurf gerade in den wichtigsten Fragen hinter den Forderungen der Arbeiter und den Verhältnissen der anderen Nationen zurück! Seit Jahrzehnten fordern wir den gesetzlichen Zehnstundentag für alle Arbeiter beiderlei Geschlechts und seine allmähliche Herabsetzung auf 8 Stunden. Selbst das Zentrum sah sich gezwungen, prinzipiell für den gesetzlichen Maximalarbeitsstag der männlichen Arbeiter einzutreten. Seit über 60 Jahren mußte ihn England für alle Arbeiter einführen, und seit Jahren haben Frankreich, Oesterreich, Australien und andere „wilde“ Länder weitergehende Arbeiterschutzbestimmungen und Beschränkungen der Arbeitszeit als wir. Doch auf einem solchen friedlichen Gebiete wetteifert Deutschland eben nicht mit anderen Staaten. Es geht der Gleichstellung der männlichen Arbeiter mit den Arbeiterinnen aus dem Wege. Das wird den Fortschritt der Arbeitszeitverkürzung allerdings nicht aufhalten können, aber die Verantwortung für die zahlreichen und schweren Kämpfe, die die nächsten Jahre auf diesem Gebiete bringen werden, fällt zu nicht geringem Teil auf die Reichsregierung, die mit Fleiß die Gelegenheit verläumt, den Zehnstundentag dem Klassenkampf zu entziehen.

Der Entwurf hat noch andere Mängel. Einer der schlimmsten auf dem Gebiete der bisherigen Arbeiterschutzgesetzgebung war die unterschiedliche Behandlung von Fabriken und anderen Betrieben. An der Freistellung der nicht fabrikmäßigen Betriebe von den Arbeiterschutzbestimmungen scheiterte bisher die Durchführung der letzteren, zumal eine ausreichende Klarlegung des Fabrikbegriffes bis heute, nach 40jähriger Herrschaft der Reichsgewerbeordnung, nicht gefunden werden konnte. Haben doch die Gerichte schon Betriebe mit mehr als 50 Arbeitern als nicht fabrikmäßig erachtet. — Die Novelle macht nun zwar einen Versuch nach dieser Richtung hin: sie will den Fabrikarbeiterschutz, unter Aufhebung der Sonderstellung der Motorenbetriebe, für alle Betriebe mit mindestens 20 Arbeitern gelten lassen. Diese Grenze muß als

eine viel zu enge bezeichnet werden; sie würde dazu führen, daß zahlreiche Betriebe mit weniger Arbeitern, die schon seit Jahrzehnten ohne Rechtsirrtum als Fabriken erkannt wurden, außerhalb des Arbeiterschutzes gestellt werden.

Der Artikel 4 endlich beschäftigt sich mit der Hausarbeit. Auf diesem Gebiete bringt die Novelle nicht etwa die Ausdehnung der Fabrikbestimmungen auf die Hausindustrie, sondern nur die Unterstellung der letzteren unter die Vorschriften der §§ 120 a bis c der Gewerbeordnung, die lediglich den Schutz der Arbeiter vor Gefährdung des Lebens, der Gesundheit und der guten Sitten bezwecken.

Aber auch diese Vorschriften sollen nicht ohne weiteres und unterschiedlos auf die Hausindustrie übertragen werden, sondern der Bundesrat bezw. die Gewerbeaufsichtsbörden können die einzelnen Gewerbe bezw. Betriebe, für welche dahingehende Vorschriften erlassen werden, auswählen. Als Befugnisse des Bundesrates sind vorgesehen:

Für bestimmte Gewerbe den Aushang eines Verzeichnisses der Lohnsätze zu verlangen;

für bestimmte Arten von Werkstätten Vorschriften über die Anforderungen des Gefahren- und Sittlichkeitschutzes zu erlassen; und weiter, was unsere Organisation besonders berührt, die Möglichkeit des Verbotes der Heimarbeit für die Genussmittelbranche. Der § 130 r soll folgende Fassung erhalten:

Für Gewerbebezweige, die der Herstellung, Verarbeitung oder Verpackung von Nahrungs- oder Genussmitteln dienen, kann durch die zuständigen Polizeibehörden im Wege der Verfügung für einzelne Werkstätten angeordnet werden, daß die Werkstätten und Lagerräume, einschließlich der Betriebsvorrichtungen, Maschinen und Gerätschaften, so eingerichtet und unterhalten werden, und der Betrieb so geregelt wird, daß Gefahren für die öffentliche Gesundheit ausgeschlossen sind. Außerdem kann angeordnet werden, daß Räume, in denen Nahrungs- oder Genussmittel hergestellt oder bearbeitet werden, zu bestimmten anderen Zwecken nicht benutzt werden dürfen.

Hier läßt sich vielleicht erwarten, daß der Heimarbeit in unserem Gewerbe ein Ende bereitet wird. Allerdings, wie in allen denjenigen Bestimmungen des Entwurfes, die den Unternehmern vielleicht etwas weise tun könnten, so ist auch hier zu beachten, daß es heißt: „Die Polizeibehörde kann (!) anordnen“. Das heißt also, wenn sie will! Aber es wird an uns nicht fehlen, das Wollen der Polizeibehörde, wenn diese Bestimmungen Gesetzeskraft haben, aufzumuntern, damit im Interesse der Arbeiter und des genügenden Publikums die Heimarbeit unseres Gewerbes, wie sie in Dresden, Berlin usw. zum Teil herrscht, beseitigt wird. Schon ständig Material zu dieser Aufgabe zu sammeln, ist — nebenbei bemerkt — Aufgabe unserer Mitgliedschaften.

Die ganze Novelle bringt also außer einigen unumgänglichen Verbesserungen nicht das, was die Arbeiter bei dem jetzigen Stande der Entwicklung zu verlangen haben. Diese Art der Sozialpolitik ist uns aber zu gut bekannt, als daß sie uns eine Enttäuschung hätte bringen können. Unsere Hoffnungen auf wirklichen Fortschritt in sozialpolitischer Hinsicht beruhen einzig und allein auf der organisierten Arbeiterschaft selbst. Und diese Hoffnung wird nicht zu schanden werden! Aber unablässig muß jeder am Ausbau der Organisation arbeiten, damit sich die Erfolge derselben von Jahr zu Jahr vergrößern und vertiefen und schneller aufeinander folgen.

Zur Errichtung eines Industrieverbandes.

Die Frage der Verschmelzung ist erfreulicherweise bereits Gegenstand lebhafter Erörterungen in unserer Fachpresse geworden, doch wird von Seiten der Befürworter der Verschmelzung diese Frage mit zuviel Begeisterung und Oberflächlichkeit behandelt. Begeisterung ist ja die erste Vorbedingung zu großem Schaffen, sie muß aber gepaart sein mit Besonnenheit. Gewiß, uns allen schwebt als Ideal ein Industrieverband aller Arbeiter der Nahrungsmittelbranche vor, der groß und schlagfertig, mit guter Munition versehen, den Kampf mit dem Unternehmertum führen kann. Doch ach! Leider ist die Gründung eines solchen Verbandes zur Zeit eine Utopie, ein schöner Traum. Oder ist man wirklich so naiv, zu glauben, daß man nur einen Industrieverband zu gründen braucht, diesem einen schönen Namen gibt und daß dann die Mitglieder gewissermaßen von selbst zulaufen kommen? Glaubt man denn ernstlich, daß wir stark genug sind, allen Anforderungen gerecht werden zu können, die an einen solchen Verband gestellt werden? Nüchtern und eingehend heißt es, da alles zu prüfen, ehe man einen so großen Schritt tut, der unter Umständen für einzelne angeschlossene Verufe sehr folgen schwer, geradezu gefahrbringend werden kann. Eine Voraussetzung zur Verschmelzung vermissen ich schmerzlich, nämlich das Bestehen einer Fühlung zwischen den Mitgliedern der verschiedenen Verufeverbände. Jede Organisation steht in jeder Hinsicht isoliert da, was seinen Grund in den verschiedenen Beschäftigungsweisen hat. So sehen sich die Brauer z. B. den Fleischern ebenso fremd gegenüber, wie etwa die Schneider den Banarbeitern. Einander wildfremd, sollen die Mitglieder der verschiedenen Verufe auf einmal, unter den denkbar schwierigsten Verhältnissen, in einem Verbande zusammenarbeiten.

Welche Schwierigkeiten stellen sich uns weiter in verwaltungstechnischen Fragen entgegen: Wie schwer würde es fallen bei der Vielgestaltigkeit der Arbeitsweisen der einzelnen Verufe und dem jetzigen Stande der Organisationen, die örtlichen Verwaltungen zusammenzubringen, die das Geschick die Umficht und vor allem die Zeit haben, die Organisation so zu leiten und die Organisation so zu betreiben, wie es notwendig

erscheint. Schon nach der Verschmelzung der Bäcker und Konditoren zeigt es sich, wie schwer es hält, die geanteten Personen zu finden, die zu diesem Posten befähigt, gleichzeitig aber auch die nötige Zeit besitzen. Alle gemeinsamen Sitzungen und Versammlungen müssen schon jetzt meist nur Sonntags stattfinden. Wie würde dies nun erst dann werden, wenn noch Verufe dazu kommen, die selbst Sonntags keine Zeit haben, wie das z. B. bei den Fleischern zutrifft. Eine weit wichtigere Frage ist aber folgende: Haben wir das nötige Menschenmaterial, genügend geschulte, opferwillige und ausdauernde Kleingagatoren, die eine tiefgehende Haus- und Fabrikagitation betreiben können? Besitzen wir ferner die Kraft, denjenigen Verufeorganisationen, die bis jetzt noch nicht laufen können, das Laufen beizubringen? Um diese Fragen richtig beantworten zu können, müssen wir die in Betracht kommenden Verufeverbände kurz Revue passieren lassen. Der Verband der Brauer verfügt über eine respektable Mitgliederzahl. Die Agitation in diesem Verufe aber ist eine leichte, weil die Verufegehörigen zumeist in Großbetrieben arbeiten und somit das Solidaritätsgefühl weit leichter gewekt werden kann. Die zähe, aufreibende Agitation ist bei diesen Verbandsmitgliedern nicht gelernt und geübt worden und würden dieselben auch infolge ihrer Beschäftigungsweise schwerlich anderen Verufen in puncto Agitation beibringen können. Der Verband der Brauereihilfsarbeiter (zumeist in Mälzereien beschäftigte Arbeiter) hat wenige Mitglieder. Da dieselben meist Ausländer und als solche in Deutschland nur gebildet sind, können sie sich nicht agitatorisch betätigen. Hier erwachen uns keine Kämpfer, hier werden sie gebraucht. Der uns am nächsten stehende Mälzerverband hat keine große Mitgliederzahl. Da bei diesen Verufegehörigen die Arbeitszeit meist eine noch überaus lange ist und dieselben häufig in recht weitestgelegenen Orten arbeiten, ist die Agitation eine äußerst schwierige. Auch hier tut fremde Hilfe dringend not. Wie schlimm sieht es erst bei den Fleischern aus, die selbst in den meisten Großstädten nicht in der Lage sind, aus den eigenen Reihen Versammlungseinberufer und Flugblattsträger zu stellen. Wie unendlich viel gibt es hier zu tun. Wieviel Arbeitsperle werden hier gebraucht. Wer würde also die Agitation in den noch schwachen Verufen übernehmen müssen? Ebenfalls doch nur die Mitglieder des jetzigen Bäcker- und Konditorenverbandes. Da wirft sich für uns die Kardinalfrage auf: Sind wir zur Zeit auch im stande, weitere Lasten auf unsere Schultern nehmen zu können? Nein und tausendmal nein! Wir Bäcker und Konditoren haben auf Jahre hinaus alle Kräfte anzupumpen, wollen wir auch nur unser nächstes Ziel, 50 pSt. aller Verufegehörigen zu organisieren, erreichen. Wollten wir die Kleingagitation für andere Verufe mit übernehmen, so könnte dieselbe nur eine oberflächliche sein. Oberflächliche Agitationsarbeit aber ist Sisyphusarbeit. Wir würden unseren Verufe vernachlässigen und anderen Verufen wenig nützen. Zum Ueberflus haben wir auch noch den Kampf mit den Gelben zu führen, der, so wiederlich er auch sein mag, geföhrt werden muß. Wie ist es erst mit der Munition der einzelnen Verufeverbände bestellt? Selbst die beiden größten Verbände verfügen über keinen großen Niederfonds. Wo die Geldmittel hernehmen, um den schwächeren Verufen unter die Arme greifen zu können? Die nächste Folge der Verschmelzung würde eine abermalige Beitragserhöhung sein. Ob dies der Agitationsarbeit dienlich sein würde, dürfte fraglich bezweifelt werden. Es ist nur der Einwand erhoben worden, durch die Verschmelzung würde die Agitation besser gefördert, indem man leichter Beamte anstellen könnte. Wenn man es so hört, mag's leidlich scheinen, nur vergißt man dabei, daß der Beamte allein auch nichts erreichen kann. Die Zeiten sind längst vorbei, wo die Mitglieder nur in Versammlungen gemacht werden. Ja, die Erfahrung zeigt, daß die Mitglieder, die in Versammlungen gewonnen werden, am ehesten fähig werden. Ein Beamter kann nur dann Fortschritte verzeichnen, wenn er einen Stab geschulter und williger Kollegen zur Hand hat, die in der Kleingagitation nie versagen. Die Agitation von Mund zu Mund ist die erfolgreichste. Bei der Kleingagitation lernt man die Bedenken, die Gründe, die Vor- und Nachteile gegen den Verband bei den Kollegen kennen und kann sie dann zerstreuen. Während man in den Versammlungen meist nur eine momentane Begeisterung entfacht, kann man bei der Kleingagitation überzeugen. Was nützt uns der Beamte, wenn er keine Hilfskräfte zur Seite hat? Wie kann sich derselbe erfolgreich betätigen, wenn die Verhältnisse noch nicht dazu angelegt sind?

Resumieren wir das Ganze, so kommen wir zu dem Schluß, daß die Zeit zur Gründung eines Industrieverbandes noch nicht gegeben ist. Behalten wir aber diese Frage in den Augen. Suchen wir mehr Fühlung mit den einzelnen Verufeverbänden herzustellen. Verpflichten wir uns, soweit es möglich ist, den noch schwachen Verbänden bei Organisationsarbeiten helfend beizustehen. Versuchen aber auch, die weniger starken Verufeverbände durch eigene Kraft und die Zuhilfenahme der örtlichen Gewerkschaftsstellen und die Tätigkeit anderer Gewerkschaftsangehörigen vorwärts zu kommen. Trachten wir danach, durch Vorträge und Diskussionen tüchtige Agitatoren auszubilden. Tun wir dies alles, dann werden die Erfolge nicht ausbleiben und die Gründung eines Industrieverbandes wird, was heute noch ein Traum ist, zur Wirklichkeit werden. **B. Th.**

Die Frage der Errichtung eines Nahrungsmittelindustrieverbandes objektiv zu diskutieren, ist Aufgabe eines jeden Mitgliedes. Trotz mancher Schwierigkeiten, welche einzelne Kollegen zu sehen meinen, ist es meiner Ansicht nach nicht optimistisch, wenn ich sage: Das große geplante Werk in die Tat umzusetzen, kann uns nicht schaden, sondern nur nützen! Die gesamte moderne Arbeiterbewegung wird uns vollste Sympathie zollen; nähern wir uns doch dem proletarischen Emanzipationsziele, das heute von manchem Gewerkschafter, wenn auch unbewußt, noch als Utopie hingestellt wird. — Wilden vier Verbände nicht eine Macht, eine Verbekraft, die es ermöglichen, in den rückständigsten Orten der Provinz die Kollegen aufzurütteln? — Nicht ein Allerweltsmensch muß der Agitator nach der Verschmelzung sein! — Sind doch die proletarischen Leiden innerlich so bereinigt, ganz gleich, ob Bäcker, Fleischer usw. Muß der auf Agitation gehende Beamte doch ständig vor indifferenten Kollegen nur unsere Verufekrankheiten aus voller Lungenkraft schildern. Kann nicht ein Beamter oder sonstiger Agitator auch ein allgemein proletarisches Thema behandeln, das mit elementarer Gewalt einem indifferenten Kollegen die Augen öffnet? Wer will behaupten, ob da nicht Worte fallen, die den Zuhörer ins Herz treffen, auch wenn sie vom Munde eines anderen Verufearbeiters kommen? — Machen wir nicht immer wieder die Erfahrung in Provinzorten mit jungen Organisationen, daß uns die denkbar größten Schwierigkeiten im gesamten Gewerkschaftsleben in den Weg gelegt werden?

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Auf Antrag der Zahlstelle Stettin wurde nach § 8 des Statuts Paul Kozeminsky, Buchnummer 24880, wegen Verbandschädigung aus der Organisation ausgeschlossen.

Die Kassierer der Zahlstellen werden hierdurch dringend ersucht, die Abrechnung für den Monat Dezember bis spätestens 15. Januar an den Hauptkassierer einzufenden, damit die Zusammenstellung und Veröffentlichung der Jahresabrechnung baldigst erfolgen kann. Jetzt ist in den Zahlstellen noch alles daran zu setzen, um von den Mitgliedern die rückständigen Beiträge für das Jahr 1907 einzutreiben, damit nicht derartig viele Rückstände an Beiträgen zu verzeichnen sind wie in den Vorjahren.

Dann verweisen wir nochmals darauf, daß nach dem früher schon von uns an die Zahlstellen ergangenen Ersuchen, die Mitgliederversammlungen im Januar und Februar sich mit der Frage der „Bildung eines Verbandes der Arbeiter und Arbeiterinnen der Nahrungs- und Genussmittel-Industrie“ beschäftigen sollen. Wir ersuchen, diese Frage überall eingehend und sachlich in den Versammlungen zu diskutieren!

Auf mehrfache Anfragen seitens der Mitglieder, die nach dem „Bäckerkalender“ verlangen, geben wir bekannt, daß auf Beschluß des Verbandsvorstandes und der Gauleiter ein solcher nicht mehr herausgegeben wird, was auch bereits im Sommer nach der stattgefundenen Sitzung den Vorständen der Zahlstellen durch Zirkular mitgeteilt wurde. Leider scheint vielfach das Zirkular in den Mitgliederversammlungen nicht bekanntgegeben zu sein. — Statt des Kalenders wird Ende Februar das „Jahrbuch“ herausgegeben und unentgeltlich an die Mitglieder verabfolgt!

Der Verbandsvorstand.

S. A.: D. Allmann, Vorsitzender.

Quittung.

Vom 30. Dezember 1907 bis 5. Januar 1908 gingen bei der Hauptkasse des Verbandes folgende Beträge ein:

Für Monat Dezember: Mitgliedschaft Altenburg M. 36,80, Gera 100,60, Götting 42,80, Segeberg 36,80, Eimsborn 46,40, Berlin 4223,65, München 2153,35, Lübeck 135,10, Traunstein 54,40, Würzburg 45,40, Malmö 11,60, Düsseldorf 143, St. Johann 224,90, Hamburg-Altona 3023,30.

Von Einzelzahlern der Hauptkasse: A. S.-Bergburg M. 60,50, G. F.-Burg 7, W. S.-Marienau 15,50, F. G.-Gardenbeck 10,50, F. S.-Glauchau 5, P. S.-Raundorf 2, W. L.-Oberweißbach 8, R. L.-Zahna 4, F. G.-Kronach 3, W. S.-Hadersleben 8, J. R.-Juda 9, C. R.-Cairo 13, M. S.-Arendsee 10, C. S.-Pöhlitz 26.

Für Abonnements und Annoncen: A. U.-Dresden M. 2, W. D.-Frankfurt 2, D. D.-München 32,40, G. P.-München 13, R. V.-Freiburg 1,50, Zentr.-R.-R.-Dresden 202,20, Mitgliedschaft Dresden 13,80, A. S.-Dresden 31,20.

Der Hauptkassierer. Fr. Friedmann.

Das Inhaltsverzeichnis der „Deutschen Bäcker- und Konditorenzeitung“, Jahrgang 1907, ist fertiggestellt und kommt zunächst am Montag, den 13. Januar, mit dem „Korrespondenzblatt“ zum Versand an die Verwaltungsstellen. Mitglieder, welche ein solches Verzeichnis benötigen, können dasselbe bei der Verwaltung ihrer Zahlstelle bestellen. Die Redaktion.

Aus der Konditorei-, Schokoladen- und Zuckerwarenindustrie.

Die Schokoladenfabriken in der Berufsstatistik. In Ergänzung unserer Ausführungen in letzter Nummer über die Zusammenlegung der Berufsgruppen in der nun bald zu erwartenden Reichsstatistik tragen wir nach, daß die Bäcker, Bäckereiführer und Lebzelter die Gruppe B 106 bilden werden. Sodann folgt Gruppe B 107, in der die Berufe der Zuckerfabrikation und der Zuckerraffinerie zusammengestellt sind; in der Gruppe 108 finden wir die Stärkezucker- und Fruchtzuckerfabrikation, die Melasseverarbeitung und die Sirupkohleerzeugung. Hieran anschließend kommt erst die Verfertigung von „anderen vegetabilischen Nahrungsmitteln“ als Gruppe B 109. Und wir finden da wirklich unsere Befürchtung, der wir in unserer letzten Nummer eingehend Ausdruck gaben, voll bestätigt, d. h. die Schokoladenindustrie ist in der Tat wieder in diese Gruppe einrangiert und mit Verufen zusammengestellt worden, mit denen sie weiter nichts gemein hat, als daß sie auch ein „vegetabilisches Nahrungsmittel“ ist. Dies kann aber doch kein ausschlaggebender Grund für eine derartige Zusammenlegung sein, wenn die Schokolade nun einmal seit jeher fast ausschließlich in den Betrieben der Zuckerwarenfabrikation hergestellt wird! Man hat sie zusammengestellt mit den Zichorienfabriken, den Zichorienbrennereien, -Darren, -Möhlen und -Trockenanstalten, den Betrieben für Eichelfäule, für Feigen-, Frucht- und Gesundheitskaffee, für Kaffeebohnenextrakt, Kaffeebohnenkurrogate, Kornkaffee, für die Malzkaffeeabriken und -Brennereien, die Kunstelrüben-

kaffeeabriken usw. Nach alledem müssen wir freilich wieder die Hoffnung aufgeben, daß diese Zählung eine Belehrung über die Stärke unseres Gesamtberufes bringen kann, und werden wir deshalb uns selbst einmal, so gut es geht, an eine möglichst genaue Feststellung der Zahl unserer Betriebe und der darin Beschäftigten machen müssen.

Das Weihnachtsgeschäft in unserer Branche soll für Konditoren- und Konfitürengeschäfte nach Mitteilungen bürgerlicher Blätter in besseren Artikeln wenig befriedigend, in billigeren Qualitäten aber trotz der Krise ganz angängig gewesen sein. Unsere selbständigen Konditoren, Groß- und Kleinfabrikanten werden also ihr Lager, wie jedes Jahr, ziemlich geräumt haben. Und sie erholen sich nun von den Strapazen ihrer Arbeiter und Arbeiterinnen, die sie zu einem guten Teil am „heiligen Abend“ auf die Straße setzten, in aller Gemütsruhe ihrem Schicksale überlassen und freuen sich ihres Lebens, noch mehr aber des wieder straffer gewordenen Geldbeutels. Man kann es ihnen nicht verdenken, wenn sie nun nach der Ernte Feste feiern und den Neigen eröffnen der Berliner Verein der selbständigen Konditoren, der sich dieses Mal recht Kreuzfidel anstellt. Es ist, wie er in seinem Blatte ankündigt:

„Alles aufgeboten, um das Fest zu einem glänzenden zu gestalten und dürfte es sicher niemanden gereuen, den Abend des 14. Januar in Neumanns Festsaal, Rosenthalerstraße 42, zuzubringen. Besonders erwünscht ist, daß die Herren Konditoren und auch die hoffentlich zahlreichen Gäste im Alpen- oder doch möglichst sommerlichen Kostüm erscheinen, und die „süßen Frauen“ natürlich als „Diandl“, um so schon im Vorhinein der Festgesellschaft den einheitlichen Charakter zu wahren und wo der „Vua“ seinen Töbeler erschallen läßt und das „Diandl“ „Schuhplattler“, da herrscht Frohsinn und Heiterkeit! Drum schnell am 14. die Konditorjacks mal einige Stunden beiseite gelegt und dafür die Ledentoppe angezogen und den Bergstod zur Hand genommen! „Auf zum Alpenfest der Berliner Konditoren“, das sei am 14. Januar die Devise aller Konditoren der Reichshauptstadt.“

Wir wünschen den Herrschaften viel Vergnügen, noch viel mehr aber wünschen wir, daß auch die Gehülften und die in den Fabriken Beschäftigten jetzt in ihrer „stillen“ Zeit in gleicher Sorglosigkeit sich dem Frohsinn hingeben könnten. Aber das ist bei wochenlanger Arbeitslosigkeit ein schweres Ding! Und ebenso wünschen wir, daß die „süßen Frauen“ alle ohne Ausnahme, und besonders auch vor Weihnachten, sich gegen „ihre Leute“ dieses lieblichen Prädikats würdig erweisen; jedoch soll sich da manche als veritable Kragbürste erweisen haben.

Gebrüder Stollwerk A.-G. Die Vergrößerung der Niesenbetriebe in der Schokoladenindustrie nimmt ihren unablässigen Fortgang. Gebrüder Stollwerk, diejenige Großfirma, welche alle anderen in der Kunst der Ausbeutung der Arbeiterschaft — besonders der weiblichen — überflügelt, schlägt infolgedessen auch den Rekord in der Ansammlung von Niesenkapitalien. Immerwährend vergrößert sie ihre Betriebe und paßt sie dem modernen kapitalistischen Niesensystem stets vollkommener an. Jetzt wird gemeldet, daß sie auch ihre Fabrikfiliale in Preßburg (Osterr.) in eine Aktiengesellschaft mit drei Millionen Aktienkapital umgewandelt hat. Unseren österreichischen Kollegen wird das, wie uns selbst, ein Ansporn sein, mit aller Kraft am Ausbau der Organisation zu arbeiten, damit auch solche Zwangsbürgen in absehbarer Zeit ihre Tore dem Verbands öffnen müssen.

Ortskrankenkasse der Konditoren in Hamburg. Die Generalversammlung obiger Kasse findet am 15. Januar, abends 8½ Uhr, bei Goffow, Schauenburgerstraße, statt. Die Delegierten haben pünktlich zu erscheinen, um so mehr, da die Tagesordnung eine sehr wichtige ist und auch die Vorstandswahl und die Wahl zweier Revisoren vorgenommen werden muß. Als Kandidaten zum Vorstand sind die Kollegen Fr. Wiese und Johann Finnen aufgestellt worden.

Zur Arbeitsmarktlage.

Die ausgesprochenen Befürchtungen, daß die allgemeine Geschäftslage sowohl als die Arbeitslage in unserem Beruf eine weitere Verschlechterung erfahren werde, haben sich voll bewahrheitet. Aus fast allen Berichten sowohl der Rohstoffe erzeugenden als weiterverarbeitenden Industrien ist der Rückgang der Konjunktur deutlich ersichtlich, und nur der Bergbau, die chemische und elektrische Industrie sind bis jetzt von dem Rückgang nicht besonders berührt worden. Das „Reichsarbeitsblatt“ schreibt über die Lage im November, daß sich das Nachlassen der Konjunktur für eine Reihe von Gewerben im Monat November verstärkt fortgesetzt hat, und zwar insbesondere in der Metall- und Maschinenindustrie und im Baugewerbe. Auf die Metall- und Maschinenindustrie wirkte die Gestalt der amerikanischen Geld- und Arbeitsmarktverhältnisse, welche einerseits zur Rückwanderung von Arbeitskräften, andererseits zur Verringerung des Exports führten, ungünstig ein.

Die Berichte der an das Kaiserliche Statistische Amt berichtenden Krankenkassen ergeben im November einen Rückgang der Beschäftigungsziffer um 31 066 Personen, wogegen im Vorjahr bei den gleichen Klassen nur eine Abnahme von 820 Personen stattfand. Es ist am 1. Dezember zum ersten Male in den vier letzten Jahren der Fall eingetreten, daß unter Berücksichtigung der Bevölkerungszunahme kein Mehrbestand an versicherungspflichtigen Mitgliedern im Verhältnis zur gleichen Zeit des Vorjahres mehr besteht, sondern ein Minderbestand eingetreten ist.

Die Berichte der an das „Reichsarbeitsblatt“ angeschlossenen Arbeitsnachweise spiegeln das Nachlassen der Beschäftigung gleichfalls deutlich wieder. Es standen nach den über den Monat November vorliegenden Berichten für männliche Arbeitsuchende rund 181 000 Gesuchen und 106 000 offene Stellen und rund 85 000 Vermittlungen, für weibliche Arbeitsuchende rund 41 000 Gesuchen und 40 000 offene Stellen und 26 000 Vermittlungen gegenüber. Bei den Facharbeitsnachweisen in unserem Beruf zeigt sich gegen den gleichen Monat des Vorjahres eine Zunahme der Arbeitsgesuche um 418, eine Zunahme der offenen

Stellen um 310 und der besetzten Stellen um 327. Auf die einzelnen Facharbeitsnachweise entfallen

Arbeitsnachweise	Arbeitsuchende	Stellen	
		offene	besetzte
Provinzialverband der Bäckereinnungen			
Ostpreußen	55	29	29
Zentralverein, Abt. Bäcker, Berlin	784	723	711
Bäckereinnung „Concordia“, Berlin	187	126	126
„Germania I“, Berlin	497	189	189
„II“, Berlin	185	74	74
Frankfurt a. d. O.	27	24	24
Botsdam	29	29	29
Stettin	92	70	70
Posen	51	48	48
Breslau	142	123	123
Halle	99	102	98
Kiel	47	33	33
Hannover	103	58	58
Frankfurt a. M.	34	36	36
Düsseldorf	25	10	10
München	399	101	95
Nürnberg	16	15	8
Chebnitz	147	124	124
Dresden	222	190	190
Leipzig	290	226	226
Stuttgart	141	43	43
Freiburg i. Breisgau	41	23	23
Heidelberg	28	20	20
Karlsruhe	37	14	14
Mannheim	71	33	33
Lübeck	37	28	28
Hamburg	338	373	373

Das ergibt insgesamt 4124 Arbeitsuchende, 2864 offene Stellen und 2830 Vermittlungen gegen 5869 bezw. 4854 und 4580 bei denselben Nachweisen im Vormonat. Der Rückgang in der Zahl der offenen und besetzten Stellen ist sowohl im Vergleich zum Vormonat als gegenüber der Zahl der Arbeitsuchenden erheblich; auf je 100 offene Stellen entfallen diesmal rund 144 Arbeitsuchende gegen 127,7 im Vormonat. Anstatt einer der Jahreszeit entsprechenden Verbesserung der Arbeitslage in unserem Beruf ist also eine Verschlechterung eingetreten. Diese erstreckt sich auf alle Berufe, die unser Verband umfaßt. In der Lebkuchen- und Kakesfabrikation sowie in den Zuckerwarenfabriken war der Geschäftsgang lange nicht so gut wie in der gleichen Zeit der Vorjahre. Es wurde zwar teilweise mit Überstunden gearbeitet, doch kam überall zum Durchbruch, daß die allgemeine Preissteigerung der notwendigsten Gebrauchsgegenstände nicht mehr viel Geld für entbehrliche Waren übrig ließ. Namentlich in Berlin war die Arbeitslage gedrückt, doch wird auch aus den anderen Großstädten von einem erheblichen Ueberangebot von Arbeitskräften berichtet. In einigen Städten kamen auf je eine offene Stelle bis zu drei und mehr Arbeitsuchende. Nun hat ja das Weihnachtsgeschäft manchem Arbeitslosen wenigstens eine Zeitlang eine Ausfüllstelle gebracht; damit ist's aber jetzt vorbei, und die kommende Zeit wird noch mehr Arbeitslose aufweisen.

Das ganze Jahr hindurch war die Beschäftigungsgelegenheit keine besonders gute; sowohl in der Bäckerei als in der Zuckerwarenindustrie und Kakesfabrikation war von der so außerordentlich günstigen Wirtschaftskonjunktur wenig zu spüren; daher werden diese Berufe von der hereinbrechenden Krise noch stärker betroffen als andere bisher gut beschäftigte Industrien. Wohl dem, der sich zeitigen seiner Organisation angeschlossen und dadurch einen Helfer in der einbrechenden schweren Zeit gewonnen hat.

Die Vorstände resp. Vertreter der gewerkschaftlichen Zentralverbände Deutschlands

hielten am 16. und 17. Dezember in Berlin ihre fünfte Konferenz ab. Sie war, wie das „Korrespondenzblatt“ berichtet, ausschließlich praktischen Gewerkschaftsaufgaben gewidmet. An erster Stelle der Beratung stand die weitere Entwicklung der von der Generalkommission im Auftrage des Gewerkschaftskongresses veranstalteten gewerkschaftlichen Unterrichtskurse in Berlin, deren Wirksamkeit von den Gewerkschaften ein stetig wachsendes Interesse entgegengebracht wird. Diese Kurse waren zunächst auf die Dauer von vier Wochen bei einer Teilnehmerzahl von je 50 Personen begrenzt. Die praktischen Erfahrungen zwangen zu einer Erweiterung der Dauer auf 5 Wochen und der Teilnehmerzahl auf 70. Auch diese Dauer wurde noch als zu knapp empfunden und eine Ausdehnung auf 6 Wochen befürwortet, der die Zentralvorstände zustimmten. Auch erwies es sich als notwendig, die den auswärtigen Teilnehmern seitens ihrer Organisationen gewährten Diäten einheitlicher zu gestalten, und wurde ein Diätensatz von M 5 pro Tag nebst einer Wohnungsentschädigung von M 30 pro Monat für die in Frage kommenden Verhältnisse als angemessen bezeichnet. Endlich wurde die Generalkommission beauftragt, den Teilnehmern an den Unterrichtskursen die zum Weiterstudium notwendigen Bücher zu einem ermäßigten Preise zu beschaffen. Die Regelung der Diäten der in Berlin anwesenden Kursteilnehmer wurde den Organisationen überlassen.

Sodann beschäftigte sich die Konferenz mit der Frage der Organisation der Land- und Waldarbeiter, wobei die bisherigen Ergebnisse und die Schwierigkeiten auf diesem Gebiete eingehend gewürdigt und die Möglichkeiten einer wirksamen Organisation erörtern wurden. Die Konferenz kam zu dem Ergebnis, den Zusammenschluß der Land- und Waldarbeiter zu einer selbständigen Organisation zu empfehlen.

Hinsichtlich der Waiseier hatte die Konferenz die Frage zu prüfen, in welcher Weise sich die Unterstützung der wegen der Beteiligung an der Arbeitsruhe am 1. Mai ausgeschlossenen Einberufenen mit der Partei am besten durchführen lasse. Den seitens der Generalkommission unterbreiteten Vorschlägen stimmte die Konferenz zu und

beauftragte die Generalkommission, mit dem Parteivorstand das Weitere zu regeln.

Die Frage der Jugendorganisation, die bereits frühere Konferenzen beschäftigt hatte, soll nach einem Beschlusse der Konferenz auf die Tagesordnung des nächstjährigen Gewerkschaftskongresses zu Hamburg gestellt werden.

Aus der Praxis der wirtschaftlichen Kämpfe waren Anregungen gegeben worden, die auf eine Weiterentwicklung der in Köln (1905) beschlossenen Resolution, betr. Streikunterstützung, hingingen. Die auf der Vorstandskonferenz darüber gepflogenen Erörterungen gelangten zu dem Beschlusse, von einer Aenderung dieser Resolution Abstand zu nehmen.

Auf dem Gebiete der Ausgestaltung der Gewerkschaftsstatistiken sind Neuerungen vorgesehen, die für die praktische Gewerkschaftsarbeit von weittragender Bedeutung sind. Da soll zunächst der bereits von der Internationalen Konferenz der Vertreter der gewerkschaftlichen Landeszentralen angeregten Statistik über die tatsächliche Arbeitszeit in den einzelnen Ländern, Berufen und Orten nähergetreten werden. Die Schwierigkeiten, die sich bei der Vorbereitung dieser Aufgabe ergaben, veranlaßten die diesjährige Konferenz in Christiania, die Ausführung dieses Beschlusses wieder fallen zu lassen. Der praktische Nutzen einer solchen Erhebung für die Gewerkschaften ist aber ein so wesentlicher, daß die Vorstände der deutschen Gewerkschaften ihre Durchführung bereits vor Jahresfrist zugesagt hatten und auch jetzt noch daran festhielten. Diese einheitliche Erhebung wird nicht allein für die Wirksamkeit der Gewerkschaften auf dem Gebiete der Arbeitszeitverkürzung und der tariflichen Arbeitszeitregelung eine zuverlässige Grundlage der Beurteilung der vorhandenen Zustände ergeben, sondern auch der Propaganda für die gesetzliche Arbeitszeitregelung zum Stützpunkt dienen können.

Eine fortlaufende Statistik der geltenden Tarifverträge und ihres sachlichen Inhalts will das Reichliche Statistische Amt der Reichsregierung in Gemeinschaft mit den Gewerkschaften aufnehmen. Obwohl eine solche Erhebung bedeutende Ansprüche an die Arbeitskräfte der Gewerkschaften stellt, lagten die Gewerkschaftsvorstände dem Statistischen Amte ihre Mitarbeit zu.

Auch die Streikstatistik der Gewerkschaften soll in einigen Punkten eine Verbesserung erfahren. Um alle bei der Durchführung dieser statistischen Aufgaben entstehenden Schwierigkeiten durch entsprechende Ausgestaltung des Erhebungsmaterials leichter zu beheben, wurde eine aus Vertretern der größeren berufsverwandten Industriegruppen gewählte Kommission eingesetzt, die in Gemeinschaft mit der Generalkommission zunächst die Fragebogen einer Prüfung unterziehen soll.

In ihrem weiteren Verlauf trat die Konferenz der gewerkschaftlichen Literatur näher, die nach Qualität und Quantität in erfreulichem Aufschwung begriffen, leider aber infolge mangelnder geschäftlicher Verbindungen vielfach noch vom buchhändlerischen Markt ausgeschlossen ist. Es ist für Kreise, die den Gewerkschaften nicht sehr nahe stehen, mitunter sehr schwer, gewerkschaftliche Berichte, Statistiken, Protokolle und Quellenwerke zu erhalten, die besonders für die soziologische Wissenschaft von Wert sind. Um den Anschluß aller Gewerkschaften, die eigene Literatur veröffentlichen, an den deutschen Buchhandel zu bewirken, empfahl die Generalkommission den Vorständen, einen Teil der Auflage ihrer Schriften der Verlagsbuchhandlung Vorwärts in Berlin in Kommissionsverlag zu geben, die den Vertrieb unter günstigen Bedingungen übernehmen will. Diese Anregung fand bei den Gewerkschaftsvorständen allseitige Zustimmung.

Bei der Erörterung des Standes der Gewerkschaftsliteratur wurde auch der Wunsch ausgesprochen, die Generalkommission möge ein Geschichtswerk über die früheste Gewerkschaftsentwicklung, zunächst abschließend mit dem Erlaß des Sozialistengesetzes, herausgeben. Die Generalkommission sagte die Erwägung dieser Anregung zu.

Der dem Reichstag vorgelegte Entwurf eines Vereinsgesetzes wurde einer Erörterung unterzogen und dabei festgestellt, daß derselbe zwar mancherlei Erleichterungen bringt und daß die reichseinheitliche Regelung dieser Materie ein Fortschritt sei, aber doch auch durch eine Reihe reaktionärer Vorschriften die Arbeit der Gewerkschaften ganz erheblich gefährde. Die anwesenden Gewerkschaftsvertreter waren einstimmig der Meinung, daß, solange nicht diese Einschränkungen der freien Vereins- und Versammlungstätigkeit aus der Vorlage ausgeschieden seien, dieser Entwurf bekämpft werden müsse.

Den Rest der Verhandlungen bildeten eine Reihe geschäftlicher Fragen, wie die Behandlung von Auftrufen zur Gründung und Unterstützung von Genossenschaften und zum Bau von Gewerkschaftshäusern, wobei die Vorstände der seitherigen Praxis der Generalkommission, derartige Auftrufe nur dann im „Corr.-Bl.“ zu veröffentlichen, wenn die Vorstände der in Frage kommenden Gewerkschaften dazu ihre Zustimmung gegeben haben, durchaus beipflichteten.

Sichtlich der Berichterstattung der Tagespresse über Kongresse und Verbandstage der Gewerkschaften konnte die Konferenz der Anregung des Vorstandes des Vereins Arbeiterpresse, am Schlusse eines jeden Verhandlungstages durch den Protokollführer bzw. einen der anwesenden Berichterstatter einen kurzen Auszug der Arbeiterpresse auf Kosten des Verbandes zugehen zu lassen, nicht folgen. Man trug Bedenken, die Verantwortung für derlei Berichte auf den Verband zu übernehmen. Dagegen soll versucht werden, daß von der Partei in Aussicht genommene Nachrichtenbureau auch für die rasche Verbreitung zuverlässiger gewerkschaftlicher Mitteilungen, besonders bei Streiks und Aussperrungen, in Anspruch zu nehmen.

Angeichts des Umstandes, daß der Ausschuss des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine in Uebereinstimmung mit dem Genossenschaftstag die seitens des Kölner Gewerkschaftskongresses aufgestellten Forderungen der Gewerkschaften an die Konsumvereine nur als einseitige Anregungen betrachtet, die solange der Verbindlichkeit ermangeln, als sie nicht durch beiderseitige Vereinbarungen festgelegt sind, beauftragt die Konferenz die Generalkommission, bis zum nächstjährigen Kongress solche Vereinbarungen mit der Zentralleitung der Konsumvereine herbeizuführen.

Die nächste Konferenz soll die Frage der Kostendeckung bei Rechtschulfällen in strittigen Gewerkschaftsgebieten prüfen und ferner Maßregeln zur Durchführung des Kölner Beschlusses, betr. Gewerkschaftsstarke, die gegen die den letzteren fernbleibenden oder von ihnen ausbleibenden Gewerkschaftsfamilien zu unternehmen seien, in Erwägung ziehen.

Endlich wurde noch die vorläufige Tagesordnung des nächstjährigen Gewerkschaftskongresses zu Hamburg aufgestellt. Ihre Veröffentlichung bleibt der Generalkommission überlassen.

Die Streiks und Aussperrungen im Jahre 1906.

II.

Die Abwehrstreiks.

Nicht so günstig wie bei den Angriffsstreiks sind die Ergebnisse der Abwehrstreiks. Solche fanden 1014 mit zusammen 38 930 Beteiligten statt. Mit vollem Erfolg endeten 575 = 57,7 pSt. und mit teilweisem Erfolg 120 = 12,0 pSt. der Streiks. Von den Beteiligten hatten vollen Erfolg 18 187 = 46,7 pSt. und teilweisen Erfolg 5788 = 14,9 pSt. Die kleineren Streiks wurden mit größerem Erfolg geführt als die Streiks größeren Umfanges. Der von den Unternehmern verlangte Austritt aus der Organisation wurde in 16 Fällen mit einem Streik beantwortet. Beteiligt waren daran 392 Personen. 6 dieser Streiks mit 212 Beteiligten hatten Erfolg. Wegen Maßregelung fanden 268 Streiks mit 11 025 Beteiligten statt. 120 Streiks mit 4664 Beteiligten hatten vollen und 30 Streiks mit 1384 Beteiligten hatten teilweisen Erfolg. Versuchte Lohnreduzierung rief die Arbeiter in 322 Fällen auf den Kampfplan, und zwar beteiligten sich an diesen Streiks 10 571 Personen. In 213 Fällen, bei denen 5920 Personen in Betracht kamen, wurden die Lohnreduzierungen vollständig zurückgewiesen, während dies in 31 Fällen mit 1385 Beteiligten nur teilweise gelang. Die Verlängerung der Arbeitszeit wurde mit 41 Streiks, an denen 3556 Personen teilnahmen, pariert. Die 24 unbedeutendsten dieser Streiks mit zusammen 601 Beteiligten hatten vollen Erfolg, und 4 Streiks mit 50 Beteiligten hatten teilweisen Erfolg. Bei 13 Streiks mit zusammen 2905 Beteiligten blieben die Unternehmer Sieger und vermochten eine Arbeitszeitverlängerung durchzusetzen. Die Nichteinhaltung der allgemein üblichen Lohn- und Arbeitsbedingungen erforderte 136 Streiks, von den 82 mit vollem und 24 mit teilweisem Erfolg endeten. Von den an diesen Streiks beteiligten 5539 Personen hatten 2718 vollen und 1875 teilweisen Erfolg. Die Einführung einer Fabrikordnung gab 29mal Veranlassung zum Streik. Vollen Erfolg hatten davon 19 und teilweisen Erfolg 4 Streiks. Von den 1576 beteiligten Personen hatten 1070 vollen und 105 teilweisen Erfolg. Wegen schlechter Behandlung der Arbeiter fanden 33 Streiks statt, an denen insgesamt 802 Personen beteiligt waren. 22 Streiks mit 495 Beteiligten waren erfolgreich, und 6 Streiks mit 182 Beteiligten hatten teilweisen Erfolg. Aus anderen Ursachen wurde 169mal gestreikt. Erfolgreich endeten 89 und teilweise erfolgreich 20 dieser Streiks. Von den insgesamt 5469 Beteiligten hatten 2507 vollen und 798 teilweisen Erfolg.

Ursachen der Streiks	Zahl der Streiks	Beteiligte Personen	Von den Streiks hatten vollen Erfolg		Von den Beteiligten hatten vollen Erfolg	
			Zahl	pSt.	Zahl	pSt.
Abwehrstreiks						
Austritt aus der Organisation	16	392	6	37,5	212	54,1
Maßregelung	268	11025	120	45,3	4664	42,3
Lohnreduzierung	322	10571	218	67,0	5920	56,0
Verlängerung der Arbeitszeit	41	3556	24	61,5	601	16,9
Nichteinhaltung d. allgemeinen üblichen Lohn- und Arbeitsbedingungen	136	5539	82	62,1	2718	49,1
Einführung einer Fabrikordnung	29	1576	19	67,9	1070	67,9
Schlechte Behandlung v. Arbeiter	33	802	22	66,6	495	61,7
Andere Ursachen	169	5469	89	54,0	2507	45,8
Summa	1014	38930	575	57,7	18187	46,7

Die Abwehrstreiks erforderten insgesamt einen Kostenaufwand von M 1 293 455. Von den an Abwehrstreiks beteiligten Personen wurde der Verlust an Arbeitszeit für 38 103 festgesetzt. Diese Streikenden hatten zusammen 637 421 verlorene Arbeitstage und M 2 514 065 Verlust an Arbeitsverdienst aufzuweisen.

Die Gesamtzahl der in den Jahren 1900 bis 1906 festgefundenen Abwehrstreiks beträgt 4246 und die Gesamtzahl der an denselben beteiligten Personen 162 663. Insgesamt erlitten 2163 = 50,8 pSt. der Streiks mit vollem und 566 = 13,3 pSt. mit teilweisem Erfolg. Von den seit 1900 insgesamt an Abwehrstreiks beteiligten Personen hatten 75 793 = 46,6 pSt. vollen und 27 831 = 16,8 pSt. teilweisen Erfolg.

Jahr	Zahl der Streiks	Zahl der Beteiligten	Vollen Erfolg				Teilweisen Erfolg			
			Streiks		Beteiligte		Streiks		Beteiligte	
			Zahl	pSt.	Zahl	pSt.	Zahl	pSt.	Zahl	pSt.
1900	292	14295	122	41,7	4670	32,7	43	14,7	1350	9,6
1901	401	17301	149	37,1	4886	28,2	70	17,5	4818	26,6
1902	518	16263	225	43,6	6412	39,4	76	14,7	3835	23,6
1903	597	22067	310	51,8	9929	45,0	73	12,2	2485	11,3
1904	627	23128	337	53,7	12998	56,2	82	13,1	3774	16,3
1905	809	30679	445	56,9	18711	61,0	102	13,1	5481	17,8
1906	1014	38930	575	57,7	18187	46,7	120	12,0	5788	14,9
Gesamt	4256	162663	2163	50,8	75793	46,6	566	13,3	27831	16,8

Während bei den Angriffsstreiks die Erfolge bedeutend besser sich gestalteten als im Jahre 1905, war bei den Ab-

wehrstreiks der Erfolg geringer als im Vorjahre. 1905 wurde das Gesamtergebnis allerdings durch den erfolglos verlaufenen Streik der Bergarbeiter des Ruhrreviers ungünstig beeinflusst. Aber auch ohne diesen Streik wäre der Erfolg bei den Angriffsstreiks 1905 geringer als 1906. Ohne die Bergarbeiter war 1905 für 40,2 pSt. der an den Angriffsstreiks Beteiligten voller Erfolg zu verzeichnen, 1906 aber hatte die Hälfte aller an Angriffsstreiks beteiligten Personen, nämlich 91 693 von 183 756, vollen Erfolg.

Bei den Abwehrstreiks hatten 1905 61 pSt. der Beteiligten vollen Erfolg. Das Jahr 1906, das mehr als 8000 an Abwehrstreiks beteiligte Personen mehr aufweist als das Jahr 1905, brachte nur für 46,7 pSt. der Beteiligten vollen Erfolg. Immerhin steht das Ergebnis noch über dem Durchschnitt der letzten sieben Jahre 1900 bis 1906, wie die vorstehende Tabelle zeigt.

Die Aussperrungen.

Hatten die Aussperrungen schon im Jahre 1905 eine ganz bedeutende Ausdehnung angenommen, so spielten sie 1906 eine noch bedeutendere Rolle im wirtschaftlichen Kampfe, obgleich die Gesamtzahl der ausgesperrten Arbeiter geringer war als im Jahre 1905. Die Zahl der Aussperrungen steigt nicht nur relativ von Jahr zu Jahr, sondern sie nimmt auch zu im Verhältnis zu den Arbeitskämpfen überhaupt. Es haben stattgefunden:

Im Jahre	Arbeitskämpfe überhaupt	davon waren Aussperrungen	Von 100 Kämpfen waren Aussperrungen
1900	852	46	5,4
1901	727	35	4,8
1902	861	56	6,5
1903	1282	82	6,4
1904	1625	112	6,9
1905	2328	253	10,9
1906	3480	421	12,1

Die sehr minimalen Erfolge, die die Unternehmer bisher mit ihrer Aussperrungstaktik erreicht haben, haben diese nicht entmutigt; sie greifen zu dem beliebtesten Mittel der Gegenwehr immer häufiger, und vielleicht weniger dabei auf Erfolg für sich rechnend, als in der Absicht, die Organisationen der Arbeiter zu schädigen, was allerdings vom Unternehmertum auch als Erfolg angesehen wird.

An den 421 Aussperrungen des Jahres 1906 waren insgesamt 93 356 Arbeiter und Arbeiterinnen beteiligt, während 1905 an 253 Aussperrungen zusammen 144 047 Personen beteiligt waren. Es wurden also 50 691 Arbeiter weniger ausgesperrt als im Jahre 1905. Die Aussperrungen aber wurden 1906 mit besonderer Ausdauer geführt. Der den Arbeitern durch Aussperrungen verursachte Verlust an Arbeitszeit und Arbeitsverdienst wurde 1905 für 135 821 Ausgesperrte festgesetzt. Der gesamte Verlust an Arbeitszeit betrug für diese 1 797 256 Arbeitstage. 1906 konnte der Verlust für 89 028 Ausgesperrte festgesetzt werden und betrug derselbe für diese Ausgesperrten insgesamt 2 320 069 Arbeitstage. Während also 1905 im Durchschnitt auf einen Ausgesperrten 13 verlorene Arbeitstage kamen, beträgt im Jahre 1906 der Verlust für den einzelnen Ausgesperrten 26 Tage.

Die Gesamtausgabe für Aussperrungen im Jahre 1906 betrug M 5 315 079. Auf jeden Ausgesperrten entfallen durchschnittlich M 56,90 von den Gesamtausgaben, während 1905 nur M 29,18 pro Kopf der Ausgesperrten von den Gesamtausgaben entfielen. Was wir eingangs von den Lohnkämpfen des Jahres 1906 allgemein sagten, nämlich, daß sie mit besonderer Schärfe und Ausdauer geführt worden sind, das trifft für die Aussperrungen im besonderen zu, und in welchem Maße die Gewerkschaften durch die Aussperrungen finanziell in Anspruch genommen werden, ergibt sich daraus, daß von den Gesamtausgaben für Streiks und Aussperrungen auf den Kopf der Beteiligten M 42,80 entfallen, während die Kosten bei den Aussperrungen M 56,90, bei den Angriffsstreiks aber nur M 36,40 pro Kopf betragen.

Die Taktik der Unternehmer, bei ausbrechenden Differenzen mit der Aussperrung vorzugehen, ohne daß die Arbeiter an eine Arbeitseinstellung denken, wurde im letzten Jahre noch häufiger angewandt als früher. Es wurden in 160 Fällen Aussperrungen verhängt, wo lediglich Differenzen, bezüglich Lohnhöhe oder Arbeitszeit die äußere Veranlassung dazu bildeten. In 34 Fällen versuchten die Unternehmer, mittels Aussperrung die Arbeiter zum Austritt aus der Organisation zu zwingen. Zu 64 Aussperrungen gab die Meißner Veranlassung, und in 18 Fällen sperrten die Unternehmer aus, nachdem sie durch Lohnabzüge, Arbeitszeiterlängerung oder sonstige Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen die Arbeiter zum Abwehrstreik gezwungen hatten. Nur 82 Aussperrungen von 421 erfolgten auf Angriffsstreiks.

Ursachen der Aussperrungen	Zahl der Aussperrungen	Beteiligte Personen	Von den Aussperrungen hatten vollen Erfolg		Von den Beteiligten hatten vollen Erfolg	
			Zahl	pSt.	Zahl	pSt.
Ein Angriffsstreik	82	32547	55	67,1	6941	21,3
Ein Abwehrstreik	18	4989	10	62,5	2060	41,3
Feiern am 1. Mai	64	12122	7	10,9	334	2,7
Austritt aus der Organisation	34	2041	18	42,0	469	23,0
Differenz wegen Lohnhöhe bzw. Arbeitszeit	160	35891	45	28,7	6893	19,2
Sonstige Ursachen	63	5766	12	20,0	1355	23,5
Gesamt	421	93356	142	34,6	18052	19,3

Von den Aussperrungen, die infolge von Angriffsstreiks verhängt worden sind, hatten 55 mit 6941 Beteiligten vollen und 15 Aussperrungen mit 23 092 Beteiligten teilweisen Erfolg. Von den 18 Aussperrungen mit 4989 Beteiligten, die infolge von Abwehrstreiks stattfanden, endeten 10 Aussperrungen mit 2060 Beteiligten erfolgreich. Wegen „Austritts aus der Organisation“ wurden 2041 Arbeiter in 34 Fällen ausgesperrt. Das Ver-

langen der Unternehmer wurde in 13 Fällen von insgesamt 469 Arbeitern erfolgreich bekämpft. Von den 35 891 Arbeitern, die wegen Differenzen bezüglich Lohnhöhe bezw. Arbeitszeit ausgesperrt wurden, hatten in 45 Fällen insgesamt 6893 Arbeiter vollen und in 77 Fällen zusammen 23 442 Arbeiter teilweisen Erfolg. Aus sonstigen Ursachen wurden 63 Aussperrungen verhängt und davon 5766 Arbeiter und Arbeiterinnen betroffen. 12 Aussperrungen mit 1355 Beteiligten endeten erfolgreich, und 12 Aussperrungen mit 1476 Beteiligten hatten teilweisen Erfolg. Das Feiern am 1. Mai wurde in 64 Fällen von den Unternehmern mit Aussperrungen beantwortet. Beteiligt waren an diesen Aussperrungen 12 122 Personen. Davan ist der Holzarbeiterverband allein mit 36 Aussperrungen und 6205 Aussperrten beteiligt. Der Metallarbeiterverband hat jedoch über seine „Maiaussperrungen“ keine Angaben gemacht, so daß die Zahl der wegen Arbeitsruhe am 1. Mai Aussperrten unvollständig ist.

Von einem Erfolg seitens der Arbeiter kann bei den Maiaussperrungen, sofern nicht andere Forderungen damit verbunden sind, keine Rede sein. Meistens lassen die Arbeiter die Maßregel der Aussperrung auf Zeit über sich ergehen, vereinigt werden jedoch auch Gegenforderungen gestellt, und ein Kampf beginnt. Und nur in solchen Fällen kann von einem Erfolg oder Mißerfolg seitens der Arbeiter gesprochen werden. Die Zahl solcher Fälle ist nicht mit Sicherheit festzustellen, jedoch ist sicher, daß in den Fällen, für die voller oder teilweiser Erfolg verzeichnet ist, Forderungen gestellt worden sind. Voller Erfolg ist angegeben für 7 Aussperrungen mit 334 Beteiligten und teilweiser Erfolg für 2 Aussperrungen mit 4283 Beteiligten.

Von den gesamten Aussperrungen im Jahre 1906 hatten 33,7 pZt. vollen Erfolg, 25,6 pZt. teilweisen Erfolg, und 27,8 pZt. hatten keinen Erfolg.

Jahr	Zahl der Aussperrungen	Zahl der Beteiligten	Verlust an Arbeitszeit		Gesamt- Ausgab	Resultat in Prozenten		
			Tage	fest- gestellt für Be- teiligte		Erfolgreich	Teilweise erfolgreich	Erfolgtlos
1900..	46	14630	182866	8927	600493	34,8	24,0	26,0
1901..	35	8460	124275	6088	28576	26,0	26,0	37,1
1902..	56	6791	117196	4910	308023	14,3	14,3	44,4
1903..	82	45763	1512771	32036	1798801	39,0	15,8	24,3
1904..	112	31402	607286	35579	187647	37,2	25,5	37,2
1905..	253	144047	1797266	135821	4193250	21,5	51,5	23,4
1906	421	93356	2300669	89028	531579	33,7	25,6	27,8
Sa.	1005	344449	6661719	312389	14369869	28,9	29,3	27,8

Vom Jahre 1900 bis Ende 1906 fanden insgesamt 1005 Aussperrungen statt. Aussperrt wurden 344 449 Arbeiter und Arbeiterinnen. Die Gesamtlösten für diese Aussperrungen betragen M 14 369 869. Das sind 33,7 pZt. der gesamten Ausgaben, die die Gewerkschaften seit 1900 für Streiks und Aussperrungen zu machen hatten.

Das ist im Grunde der hauptsächlichste Erfolg, den die Unternehmer durch die Aussperrungen erzielen, daß sie den Gewerkschaften ungeheure Opfer auferlegen. Doch diese sind den Anforderungen stets gewachsen gewesen, und daß sie es auch in Zukunft sein werden, dafür bürgen der Opfermut und die Solidarität der deutschen Massenbewußten Arbeiterschaft. Durchdrungen von der Notwendigkeit des gewerkschaftlichen Kampfes, im Bewußtsein der gewaltigen Macht der Organisation stehen die organisierten Arbeiter dem organisierten Unternehmertum stets kampfbereit gegenüber. Stets zu Unterhandlungen, aber auch jeden Augenblick zum Losschlagen bereit, nur so ist es den Gewerkschaften möglich, ein übermütiges Unternehmertum gebührend in den Schranken zu halten. Was durch die Streiks und Aussperrungen erreicht worden ist, haben wir in der „Statistik über die Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen“ nachgewiesen. Es ist festgestellt, daß mehr als durch die Ausstände durch paritätisches Verhandeln erreicht wurde. Fest steht aber auch, daß die gesamten Ertragsverluste nur der Macht der Organisation zu danken sind. Geht auf diese Macht und in vollem Vertrauen auf die Solidarität der Massenbewußten Arbeiterschaft können wir den ferneren Ereignissen mutig entgegensehen.

L. Brunner.

Berichte aus den Mitgliedschaften.

Crimmitschau. Generalversammlung am 29. Dezember. Kollege Dertel gab den Geschäftsbericht und Kollege Wölfliger den Kassenbericht für 1907. Auf Antrag des Kollegen Meyer, welcher mündlich, Bücher, Geld und Wertgegenstände in münsterfester Ordnung befinden zu haben, wurde dem Gesamtvorstande Decharge erteilt. Aus der Wahl gingen als gewählt hervor: Kollege Dertel, erster Vorsitzender, Kollege Wölfliger, Kassierer, Kollege Günther, Schriftführer, Kollegen Meyer und Bankwitz, Revisoren, und Kollege Günther, Kartellbelegierter. Der Vorsitzende gab einen kurzen Ueberblick über den bisherigen Verlauf der Verschmelzungsfrage und ersuchte die Kollegen, sich die Arbeitgeber zum Vorbild zu nehmen, da diese sich immer mehr und mehr zu Schutz- und Industrieverbänden zusammenschließen. Es ist auch unsere Pflicht, uns mehr und mehr zu großen Verbänden zu verschmelzen. Einige Kollegen sprachen noch in zustimmender Weise. Die Debatte über das geplante neue Reichsvereinsgesetz wurde, nachdem der Vorsitzende dieses Kantichafgesetz einer kurzen Kritik unterzogen, auf Antrag des Kollegen Eise bis zur nächsten Versammlung vertagt. Ebenso wurde auf Antrag des Kollegen Dertel beschlossen, in dieser Versammlung die Statuten einmal gründlich durchzusehen, um jeden Kollegen hierin aufzuklären. Es wurde einstimmig beschlossen, dem Genossen, Reichs- und Landtagsabgeordneten Goldstein, für sein Eintreten im sächsischen Landtage bei der Debatte über die Bäckerverordnung eine Dankadresse zu überreichen, und wurde hiermit der Vorsitzende beauftragt. Unter „Verschiedenes“ kamen noch einige Angelegenheiten der Zahlstelle zur Sprache. Ein zugereicher Kollege wurde unterstützt. Nachdem der Vorsitzende die Kollegen ermahnt hatte, ihn auch in diesem Jahre wieder kräftig in der Agitation zu unterstützen, erreichte die Versammlung ihr Ende.

Eiberfeld. Mitgliederversammlung am 21. Dezember. Tagesordnung: 1. Moderne reaktionäre Zeitströmungen. 2. Wahl einer Wahlvorbereitungskommission. 3. Gewerkschaftliches und

Verschiedenes. Zum ersten Punkt hielt unser neuer Bezirksleiter, Kollege Schnell, einen beifällig aufgenommenen Vortrag. An der Diskussion beteiligten sich Lobmaier und Pelzer. Beim zweiten Punkt wurden die Kollegen Koenig, Böding und Jael in die Wahlvorbereitungskommission gewählt. Diese Kommission soll bei den Vorstandswahlen im Januar geeignete Personen in Vorschlag bringen. Unter Punkt „Verschiedenes“ rechtfertigte Pelzer das Verhalten des Vorstandes in der Angelegenheit Kienkirchens und des Streikbrechers Rich. Eine längere Aussprache gab es über den Boykott Michel. Da die Verhandlungen gescheitert sind, war man im allgemeinen dafür, den Boykott verschärfter weiterzuführen. Der Vorstand wurde beauftragt, das Stützungsfezt zu arrangieren und findet dasselbe Samstag, den 1. Februar, im Volkshaus statt.

Essen a. d. Ruhr. Generalversammlung am 5. Januar 1908. Tagesordnung: 1. Vorstandsbericht (Kollege Bauer). 2. Kassenbericht. 3. Vorstandswahl. 4. Verschiedenes. Aus dem Vorstandsbericht ist zu entnehmen, daß im letzten Halbjahre mit zwei Vertrieben Tarife abgeschlossen worden sind. Versammlungen fanden statt drei öffentliche und sechs Mitgliederversammlungen. Der Mitgliederbestand ist stabil geblieben. In der Diskussion wurde dem Vorsitzenden der Dank ausgesprochen für die geleistete Arbeit. Der Kassenbericht konnte nicht gegeben werden, weil der Kassierer Egerstedt ihn noch nicht hat fertigstellen können. Er wurde beauftragt, denselben in der Februarversammlung zu erstatten. Aus der Vorstandswahl gingen folgende Kollegen hervor: Jos. Bauer als erster Vorsitzender, Fritz Fischer als zweiter Vorsitzender, Fritz Grunshaus als erster Kassierer, Paul Born als zweiter Kassierer, Wihl. Schwabedissen als erster Schriftführer, Oswald Junke als zweiter Schriftführer; als Revisoren die Kollegen Paul Dickmann und Emil Kalmitz; als Kartellbelegierte die Kollegen Fritz Fischer und Wihl. Roth. Nachdem Kollege Jos. Kollmeier noch den neugewählten Vorstand aufgefordert, kräftig mitzuarbeiten, fand die gutbesuchte Versammlung ihren Schluß.

Regensburg. Öffentliche Versammlung am 10. Dezember. Kollege Gabner hielt einen Vortrag über: „Politische Numbschau“, dabei die horrenden Mehrforderungen für Heer und Marine sowie den neuen Reichsvereinsgesetzentwurf einer eingehenden Kritik unterziehend. Unter „Verbandsangelegenheiten“ entwickelte sich eine rege Diskussion, worauf Schluß der Versammlung.

Polizei und Gerichte.

Die ollen ehrlichen Bäckermeister. Hamburg. Unsere „Krauter“ sind gar nicht so beschränkt, wie sie mancher hinzustellen beliebt. Wenn sie auch die Dummheit machen und Mittelhandstretter in den Reichstag schicken, die ihnen durch Errichtung von Zollmauern das liebe Mehl verteuern, so wissen sie den Schaden für den Geldbeutel schon wieder auszuweichen. Sie lassen sich einfach gestohlenen Mehl vorfahren — das läßt sich leichter berappen. Ein großer Mehl-diebstahlsprozeß kommt, wie das „Hamburger Echo“ meldet, demnächst hier vor der Strafkammer I des Landgerichts zur Verhandlung. Angeklagt sind 15 Personen, darunter mehrere Bäckermeister, wegen gewerbs- und gewohnheitsmäßiger Schlerie. Ein Bäckermeister aus der Schauenburgerstraße soll schwer be-lastet sein. Die des Diebstahls angeklagten Mehlkäufer sollen in der Weise operiert haben, daß sie bei Ablieferung von Mehl bei den Kunden ihrer Auftraggeber einige Säcke mit Mehl verschwinden ließen und diese dann an die mitangeklagten Bäckermeister verkauften.

Widerum Nahrungsmittelsfälscher gefaßt. Aus Regensburg wird uns geschrieben: Antkofer Jakob, zu Neuhelm, katholisch, verheiratet, ehemaliger Bäckermeister, nunmehr Privatier dahier, ist schuldig eines fortgesetzten Vergehens nach § 10 Ziffer 2 des Nahrungsmittelsgesetzes, sowie zweier fortgesetzter Vergehen nach § 147 Ziffer 4 der Gewerbeordnung, eines davon rechtlich zusammenhängend mit einer Uebertretung nach Art. 75 Abs. 1 B.-St.-G.-B., und wird wegen des erfigenannten Vergehens zu einer Geldstrafe von M. 70, umzuwandeln für den Fall der Uneinbringlichkeit in eine Gefängnisstrafe von 15 Tagen, und wegen der weiteren Vergehen zu einer Geldstrafe von insgesamt M. 50, umzuwandeln für den Fall der Uneinbringlichkeit in eine Haftstrafe von 15 Tagen, sowie zur Tragung der Kosten des Strafverfahrens verurteilt. Die Verurteilung ist auf Kosten des Verurteilten binnen 14 Tagen nach Rechtskraft des Urteils durch je einmaliges Einrücken des erkennenden Teils des Urteils im „Regensburger Anzeiger“ und im „Bayerischen Volksboten“ öffentlich bekanntzumachen.

Aus dem Innungslager.

Die Lehrlingsausbender und ihre Vatershelfer in Ansbach. Seit zirka einem Jahre ist es durch intensive Agitation einiger tüchtiger Kollegen in Ansbach gelungen, die Mehrzahl der am Orte beschäftigten Gehülften der Organisation zuzuführen. Darob große Aufregung im Innungslager, fürchtete man doch, es könnten die skandalösen Mißstände, die dort vorherrschend sind, an die Öffentlichkeit gelangen. Bald in jeder Innungs-versammlung wurde die Gesellenorganisation einer Erörterung unterzogen, wobei das Oberhaupt mit der größten „Liebenswürdigkeit“ gegen die führenden Personen des Verbandes vorgeht. Die Bäckermeister haben alle Ursache, lieber für die Einhaltung der gesetzlichen Arbeitszeit ihrer Lehrlinge zu sorgen. In der Ausbeutung von Lehrlingen leisten diese Herren geradezu außerordentliches. Es ist keine Seltenheit, daß diese Jungen 17 bis 18 Stunden mit allen möglichen Arbeiten beschäftigt werden. Aber immer noch mehr Profit soll aus diesen billigen Arbeitskräften gezogen werden, so daß man die von Gesetzes wegen zuzuführende Zahl von Lehrlingen einfach überfähret. Erst durch Anzeige unseres Bezirksleiters bei der Gewerbeinspektion fühlten sich die Bäckermeister genötigt, Remedur zu schaffen. Durch die Ausbeutungsfucht dieser Meister veranlaßt, schlossen sich die jugendlichen Kollegen unserer Organisation an, was vollends den Boden aus dem Fasse schlug. Im Verein mit anderen arbeitserfindlichen Elementen wurde der Herr Rektor der Fortbildungsschule scharf gemacht, der hierauf die Schüler mit Strafe bedrohte, wenn sie nicht aus der Gewerkschaft oder dem Arbeiterturnverein austreten würden. Der Herr Rektor verlangte sogar, daß er um Erlaubnis gefragt werde, wenn sich die Fortbildungsschüler einem Verein anschließen wollen. Derselbe hätte gewiß bessere Gelegenheit, die Fortbildungsschüler vor Schaden zu bewahren; denn durch das Verbot — wozu er überhaupt kein Recht hat — schütz er gerade die Lehrlingsausbeutung. Einen Bäckerlehrling, der 16, 17 und 18 Stunden täglich arbeiten muß, suchte er eindringlich zu belehren und drohte ihm Strafe

an, wenn er nicht der Gewerkschaft Belet sage. Wir werden uns nicht abhalten lassen, gegen alle Lehrlingsausbender gericht-lich vorzugehen. Sollte es nicht helfen, so werden wir das konsumierende Publikum anrufen; dessen Sympathie ist uns für den Kampf sicher. Einige Stillblüten über den Stoff- und Logis-zwang könnten wir auch noch anführen, doch wollen wir es vorläufig genug sein lassen.

Alle uns noch fernstehende Kollegen sollten doch endlich einsehen, daß nur eine starke Organisation im stande ist, das provozierende Vorgehen der Bäckermeister hintan zu halten. Deshalb Kollegen! Bis auf den letzten Mann hinein in den Bäcker- und Konditorenverband! Dann wird sich zeigen, wer Sieger bleibt, die Scharfmacher, Lehrlingszüchter und Ausbender im Bunde mit dem Herrn Rektor, oder die um geordnete Arbeitsverhältnisse kämpfenden Bäckergehülften. Alle Beschwerden über Mißstände usw. sind zu richten an das dortige Sekretariat, Magistralamtstr. 2, oder an das Verbandsbureau in Nürnberg, Kobergerstr. 3e.

Zur Arbeitsruhe an den Festtagen in Frankfurt.

Im Februar 1907 erließ der Herr Regierungspräsident von Wiesbaden eine Verordnung, nach welcher jedem in Bäckereien und Konditoreien beschäftigten Gehülften, Lehrling und Hilfsarbeiter an den hohen Festtagen Weihnachten, Ostern und Pfingsten eine 36stündige ununterbrochene Ruhezeit gewährt werden muß. Wie so manche andere Verordnung steht auch diese nur auf dem Papier. Wie wenig die Arbeitgeber sich darum kümmern, beweist folgendes Beispiel: In Frankfurts größtem Betrieb (Schwarte) wird die Ruhezeit nicht innegehalten. Die Hilfsarbeiter, bis auf zwei Mann organisiert, verlangten ihr gesetzliches Recht: die 36stündige Ruhezeit, und beauftragten den Kollegen Numeleit, sich dieserhalb an Herrn Schwarte schriftlich um Unterhandlung zu wenden. Herr Schwarte war so höflich und gab keine Antwort, worauf eine weitere Betriebsbesprechung der 12 organisierten Hilfsarbeiter eine Mächtsprache durch ihre Unterschriften verlangte. Am Sonntag, 22. Dezember 1907, fand nun die Mächtsprache statt, und Herr Schwarte fühlte sich gekränkt, daß man etwaige Wünsche ihm nicht sofort selber vorgetragen habe, sondern durch eine fremde Verbandsperson. Er sei doch erst im Frühjahr wegen Nichtanerkennung des Tarifes boykottiert worden. Unsere Verbandsmitglieder erklärten hierauf, daß sie organisiert seien und daher ihre Angelegenheit durch die Organisation geregelt wissen wollen. Herr Schwarte will ja nach Aussage, gegen die Organisation nichts einzuwenden haben, aber die Frei-nächte könne er nicht gewähren; denn in seinem Betrieb gebe das nicht. Das Ergebnis der Verhandlung war folgendes: Herr Schwarte versicherte auf Ehrenwort, daß er von einer gesetzlichen Freinacht nichts wisse, und sich auch wenig danach richte! Er wolle aber jedem Hilfsarbeiter (Hausburchen) in der Zeit vom 1. Juni bis 30. September jedes Jahres abwechselnd Ferien geben, bei Fortzahlung des Lohnes und einer besonderen Vergütung von je M. 30; für letztere Summe müsse jeder seinem Ausbender bezahlen. Damit erklärten sich die Kollegen vorläufig zufrieden. Die Arbeitszeit am dritten Feiertag wurde durch Veseitigung der V r o t t o u r auf zwei bis drei Stunden eingeschränkt. Bemerk sei noch, daß Herr Schwarte im Frühjahr den Tarif nicht anerkannt, weil er Ferien für Hilfsarbeiter (Hausburchen) für undurchführbar hielt, was er jetzt ehren-wörtlich bewilligte. — Werden jetzt die bei Herrn Schwarte beschäftigten 22 Bäcker- und 20 Konditorgehülften bald einsehen, daß sie sich organisieren müssen?

Aus christlicher und gelber Werkstatt.

Hartmann holt den Exekutor! Eines unserer Mitglieder in Amberg hatte vom 1. Oktober 1906 bis 1. April 1907 ein Exemplar der Streikbrecherzeitung abonniert und zugleich den Betrag mit eingesandt. Nach Ablauf des Quartals erschien aber der „Bäcker- und Konditoren-hülfe“ — ein schöner Name — immer weiter, ohne daß er bestellbar war. Wie wunderte sich aber unser Mitglied, als der Beirutenontel ihm dreimal die Rechnung zustellte und zweimal versuchte, den Betrag für die nicht bestellte Zeitung durch Postauftrag einzutreiben. Unser Kollege ließ sich aber nicht schrecken und bezahlte nicht. Öffentlich wird Herr Hartmann seine Besuche einstellen, dort Geld zu erhalten, es ist doch vergebene Liebesmüh. Vielleicht versucht er es einmal bei den Bäckermeisteröhnen, die ihm so aus Verz gemachten sind, daß er bei jeder Gelegenheit versucht, sie in seine Netze zu fangen. Die Amberger Kollegen verbiten sich, daß ihnen die Beirutenontel gesandt werden; geschieht es dennoch, dann müssen sie einem besonders „edlen“ Zwecke dienen.

Ein Musterknabe, wie ihn der Beirutenontel wünscht, ist der Gelbe Hermann Lohmann aus Dingelheim. Während eines unserer dort beschäftigten Mitglieder Weihnachten in Hildesheim verlebte, versuchte obgenannter Wichdnöns-fianer unseren Kollegen aus seiner Stelle zu drängen. Er ging zu dem Bäckermeister Köhler und meinte zu diesem, er möge doch seinen Gesellen, den Sozialdemokraten, entlassen und ihn einstellen. Viel Lohn wolle er nicht haben, nur gutes Essen. Er werde alle Arbeiten: Gartenarbeiten, Feldarbeit und Schweinefäst ausmisten, verrichten. Mit den Hildesheimer Verbandsgefellten wolle er nichts zu tun haben; für die Beiträge könne er sich einen Anzug kaufen. Der gelbe Musterknabe war aber an die falsche Adresse geraten, und als Bäckermeister Köhler ihm sagte, der Verband gewähre doch auch Arbeits-lernenunterstützung usw., da brücte der Held sich schnellstens durch die Gürtel, denn mit „Schmufen“ war da nichts zu machen.

Vor kurzer Zeit ist dieser Held in der von uns in Nr. 1 als Schweinefäst gekennzeichneten Bäckerei Holze in Arbeit getreten. Auf die Frage eines gerade dort anwesenden Hildesheimer Kollegen, ob er Verbandsmitglied sei, erklärte er: „Jawohl, gewiß bin ich Mitglied, komme gerade von der Hildesheimer Versammlung.“ Wegen dieser Schwindelerei wurde er natürlich gebührend zurechtgestutzt. Vielleicht stellt Hartmann seinen bedürfnislosen Zögling an, die Beirutenontel an den Mann zu bringen, denn, wie Figura zeigt, wollen die Bäckermeister von seinen gezüchteten Bedientenseelen nichts wissen.

Gelber Weihnachtsball fand am 28. Dezember in G r l i g statt. An und für sich ist das ja nichts Besonderes, aber das Benehmen des Machers vom Gansen trägt zur Charakterisierung dieses Gelben bei. Kaum betrat ein wohl-beliebtes Meisterlein den Saal, sofort wurde dieses welter-kühnere Ereignis durch einen wohlglückungenen Tusch geleitert. Aber nicht genug damit, sondern diesem und seiner besseren

Gehäfte wurde auch ein Extrakt reserviert. Ein Mitglied behauptete, das Geschehe deshalb, weil an dem Tische die stärksten Stühle standen. Dann erst die Feste des Leichnamens, pardon, Festleiters Weier. Aus Freude über die Anwesenheit des Obermeisters hätte er diesem seine Meisterkreuze auf dem Präzentierteiler entgegengebracht. Weil das nicht ging, begnügte er sich damit, sie dem Obermeister in demütigstem Tone in empfehlende Erinnerung zu bringen. Bei dieser Gelegenheit bekam auch der Hamburger Verband einen Seitenhieb, der ihm noch den Garaus machen wird. Trotz des genommenen Anlaufes verlor der Festredner doch den Faden der wohlinstudierten Rede und der Souffleur mußte ihm erst wieder den Text beibringen. Sämtliche anwesenden Bäckergehilfen konnten sich aber eines malkösen Lächelns nicht erwehren.

Aus Wiesbaden. Es ist eine Lust zu leben, denn jetzt ist die Bahn frei, und ein jeder sieht, wohin die Fahrt geht — wenn man folgende Notiz liest, die wir dem Wiesbadener Tageblatt entnehmen. Wir wollen dieselbe, ihrer Wirkung halber, im Wortlaute wiedergeben.

„Der „Bäckergehilfenverein“ hielt seine diesjährige Weihnachtsfeier auf der alten Adolfshöhe (Besitzer: Herr Paulh) am zweiten Weihnachtsfeiertag ab. Trotz der Entfernung von der Stadt war der schöne geräumige Saal schon um 8 Uhr dicht besetzt. Nachdem die Kapelle des Musikvereins einige Konzertsstücke gespielt hatte, hielt der erste Vorsitzende des Vereins, Herr Albert Herrmann, eine schungvolle Rede, worin er ganz besonders betonte das gute Einvernehmen zwischen dem Gehilfenverein und den Meistern (letztere waren sehr gut vertreten) und daß die Meister zu jeder Zeit an dem Gehilfenverein eine tatkräftige Stütze finden werden. Hierauf sprach im Namen der Innung Bäckermeister Wilsch, Berger und führte u. a. aus, daß der Verein das Ziel und die Zwecke weiter verfolgen solle, welche derselbe jetzt schon 25 Jahre zur Zufriedenheit der Meister verfolgt hat, auf daß die Meister auch in Stunden der Gefahr (Streik usw.) an dem Verein eine tatkräftige Stütze finden. Das Theaterstückchen „Friede auf Erden“ wurde von Mitgliedern des Vereins sehr flott gespielt, ebenso das darauffolgende lebende Bild trefflich dargestellt. Die Vallerleitung war bei Herrn Tanzlehrer Paulh in sehr guten Händen und die Ordnung eine musterhafte. Nur allzu schnell waren die schönen Stunden des Festes vorbei, die allen Festteilnehmern noch lange in bester Erinnerung bleiben werden. Und so kann der „Bäckergehilfenverein“ mit Stolz auch auf seine diesjährige Weihnachtsfeier zurückblicken, indem er all seinen Festteilnehmern einige frohe Stunden bereitet hat.“

Kollegen von Wiesbaden, die Ihr bis jetzt noch Mitglieder des Gehilfenvereins seid, jetzt ist die Zeit gekommen zu handeln. Jetzt könnt Ihr beweisen, daß Ihr nur Mitglieder seid, um dem Vergnügen zu huldigen, nicht aber, um Euch durch schöne Worte und einige Glas Bier als Streikbrecher kaufen zu lassen. Jetzt könnt Ihr beweisen, daß Ihr wirklich ehrlich wart, als Ihr stets und ständig sagtet, daß Ihr mit den Bestrebungen des Verbandes voll und ganz einverstanden seid. Für einen jeden von Euch, der sein Ansehen wahren will, kann es nur eines geben: heraus aus dem Gehilfenverein, in dem Gelbinger an der Spitze stehen, und hinein in den Verband; beweist, daß Ihr Männer und nicht Schwächlinge seid, die so tanzen, wie die Meister und Handlanger pfeifen.

Aber für die Verbandskollegen muß dieser Werdegang ein Ansporn sein, für unseren Verband unermüdetlich zu agitieren, und für die Agitation ist ja dieser Vorgang wie gewünscht. Versucht, überall die gelben Zämmerlinge der Arbeiterschaft bekannt zu machen, damit sie ihre gehörige Würdigung finden. Frisch auf zum Kampf im neuen Jahr!

Gutachten über Streikbrecher und Gelbe. Der Sekretär des Papierfabrikantenverbandes, Ditzel, schrieb vor kurzem über die Qualifikation der deutschen Arbeiter folgendes: „Die Mehrzahl der deutschen Arbeiter ist von der Sozialdemokratie so geschult, daß sie es für ehrenrührig ansehen, streikende Genossen zu ersetzen und auf diese Weise den Preis der einzigen Ware des Arbeiters, seine Arbeitskraft, zu verderben.“ Die ehrenrührige Tätigkeit verüben die Streikbrecher tagtäglich, wo immer ihnen Gelegenheit geboten wird. Die ehrende Anerkennung derjenigen Arbeiter, die prinzipiell jeden Streikbruch verurteilen, ist zugleich ein Brandmal auf der Stirn der Streikbrecher, die ebenso grundsätzlich ihre Mitarbeiter verraten und ihnen in den Rücken fallen. Ueber die „Gelben“ gab ein Dr. phil. Karl Motter aus Erlangen folgendes Gutachten ab: „... Diese Arbeitervereinigungen können nicht Anspruch erheben auf die Bezeichnung Gewerkschaften; sie sind nicht gebildet auf Grund des Koalitionsparagrafen der Gewerbeordnung zu gemeinsamer Beratung und Durchsetzung von Arbeiterforderungen. Es sind Vereine von Arbeitswilligen; es sind, um es deutlich auszusprechen, Streikbrecherorganisationen von Unternehmern Gnaden.“ Wer möchte daran zweifeln, daß Herr Dr. Motter den Nagel auf den Kopf getroffen hat? Niemand, der Gelegenheit hatte, die jammervolle Gesellschaft der „Gelben“ kennen zu lernen.

Gelbe Gewerkschaften sind zu bekämpfen. Am 24. Oktober hat ein bemerkenswertes Urteil des Landgerichts Potsdam den Metallarbeiter Gen. Zernicke von der schweren Freveltung freigesprochen, den Generalsekretär des regierenden Verbandes der Großindustriellen Bued beleidigt zu haben. Zernicke hatte in einer Rede vor dem Anschluß an die von dem genannten Verbands begünstigte Scheingewerkschaft der Gelben gewarnt. Das Landgericht gelangte zur Freisprechung Zernickes, weil Zernicke als Gewerkschaftsbeamter lediglich durchs berechtigten Interessen wahrnahm, als er die Natur der „Gelben“ bloßlegte und diese insbesondere von Herrn Bued lebhaft gepflegte Sifipflanze energisch bekämpfte. Gegen das Urteil war trotz — oder wegen? — des Bemühens seiner Entscheidungsgründe Revision eingelegt, ohne Rücksicht darauf Recht zu sprechen, daß der angeblich Beleidigte die Interessen der Industriellen und der vermeintliche Missetäter die der Arbeiter vertrat. Die Revision ist nunmehr zurückgezogen. Es liegt also ein rechtskräftiges preußisches Gerichtsurteil vor, das rückhaltlos anerkennt, ein Gewerkschaftsbeamter nimmt durch den Kampf gegen die Gelben durchaus berechtigten Interessen der Arbeiterklasse wahr und macht sich durch diese Wahrnehmung nur strafbar, wenn die Absicht einer Beleidigung aus der Form seiner Äußerungen oder aus den Umständen erhellt, unter denen sie fielen.

Allgemeine Rundschau.

50 000 Mark Tagelohn. Soviel hat Herr Krupp v. Bohlen und Halbach in dem Geschäftsjahre 1906/07 beinahe verdient. Der Herr ist kräftig seiner Verheiratung mit dem ehemaligen Fräulein Berta Krupp fast alleiniger Inhaber der Firma Krupp. Diese warf in dem genannten Geschäftsjahre eine Dividende von 10 pZt. = 18 Millionen Mark ab, macht täglich (einschließlich der Sonntage) annähernd M. 50 000. Dabei war es noch möglich, den Rücklagen 5½ Millionen zu überweisen — und eine Million Mark an die Arbeiterstiftung abzuführen. Auf den Kopf der Arbeiter entfällt ein Reingewinn von rund M. 400.

Das Opfer des Handabhackers. Sowohl das Landgericht als auch das Oberlandesgericht in Breslau hatten im Prinzip anerkannt, daß dem Arbeiter Biewald, dem am 19. April 1906 von einem wildgewordenen Schugmann die linke Hand abgehauen worden war, von der Stadt Breslau Schadenersatz zu leisten sei. Die von der Stadt eingelegte Revision wurde am 17. Dezember vom Reichsgericht verworfen. Damit ist die Sache nunmehr endgültig entschieden und das Landgericht in Breslau wird nunmehr über die Höhe der Entschädigung zu entscheiden haben. Man kann es bedauern, daß der Schadenersatz in letzter Linie von den Breslauer Steuerzahlern zu leisten ist, während diese auf die königliche Schugmannschaft in Breslau, unter der sich der feige Handabhacker vielleicht immer noch befindet, nicht den geringsten Einfluß haben. Nach Lage der Sache war jedoch eine andere Erledigung nicht möglich.

Internationales.

Zur Unterstützung des Streiks in Prag sind vom Bäcker- und Konditorenverband in Schweden eingegangen (150 schwedische Kronen) Kr. 197,78. Vorher quittiert Kr. 7115,65, zusammen Kr. 7313,43. Ueber obige Summe quittiert dankend Ferd. Jiraseck, Prag.

Das Internationale Sekretariat.

ac. **Der neunte Kongress der belgischen Gewerkschaften**, der während der Weihnachtsfeiertage in Molenbeek-Saint-Jean (Vorort von Brüssel) stattfand, war von 213 Delegierten besetzt, wovon 37 von solchen gewerkschaftlichen Gruppen, die der Gewerkschaftskommission noch nicht angeschlossen sind. Der hauptsächlichste Punkt, der zur Beratung stand, war die Schaffung eines Reserve- und Widerstandsfonds. Die Diskussion hierüber förderte eine Reihe für den Stand der belgischen Gewerkschaften recht bezeichnende Einzelheiten zu Tage. So wurde festgestellt, und bemängelt, dass die meisten Gewerkschaften sehr geringe Beiträge erheben und bei Streiks sich dann einfach auf die Solidarität der übrigen Arbeiterschaft verlassen. Es sind dann auch in der Regel dieselben Kreise, die hierfür ihre Gelder aufwenden. Bergmans, der Sekretär der Gewerkschaftskommission, berichtete unter anderem, dass die meisten Streiks der letzten zehn Jahre auf die Arbeiter der Textil- und der Holzindustrie entfallen. Dabei seien gerade diese Arbeiterkategorien am schlechtesten organisiert. Die Holzarbeiter zahlten nur 3 cts. monatlich in die Zentralkasse ihrer Federation. Huysmans wandte sich gegen die Schaffung eines solchen Fonds; er empfahl die Methoden der deutschen Gewerkschaften. Es müsse angestrebt werden die Unterstützung durch die eigene Kraft der Verbände. Vor allem müsse man Verbände nach Industrien schaffen. Auf jeden Fall lehnte die Diskussion, dass sich die Auffassung immer mehr Bahn bricht, dass die gewerkschaftlichen Kräfte zentralisiert werden müssen. Die Zentralisation auf der Basis der Nationalverbände, verbunden mit hohen Beiträgen, das ist das Ziel, auf das die belgischen Gewerkschaften hinstreben. Mit grosser Wärme trat Anseele für die Gründung eines Widerstandsfonds ein. Es wurde schliesslich der Beschluss gefasst, einen Reservefonds zu bilden, zu dem auch die Partei und die Genossenschaften, ferner die Unterstützungs- und Bildungsvereinigungen Beiträge leisten sollen. Im Prinzip erklärte sich der Kongress auch für die Schaffung eines besonderen Widerstandsfonds, um in Zeiten der Krisis die Angriffe der Unternehmer abzuwehren zu können. Die Gewerkschaftskommission wurde beauftragt, eine Urabstimmung hierüber in allen Gewerkschaften vornehmen zu lassen.

Der Gewerkschaftskommission sind jetzt 64 000 gewerkschaftlich organisierte Arbeiter angeschlossen, es sind das 20 000 mehr als im Vorjahre. Der Kommission stehen auch noch viele gewerkschaftliche Gruppen fern und zwar namentlich deswegen, um die an die Gewerkschaftskommission abzuführenden Beiträge zu sparen. So sind von den etwa 50 000 organisierten Bergarbeitern der Gewerkschaftskommission etwa 10 000 angeschlossen. Einzelne Ortsgruppen schliessen sich an, andere nicht. Der Bericht des Sekretärs und des Kassierers wurde genehmigt. Nachdem noch eine grosse Anzahl Grenzstreitigkeiten besprochen waren, wurde der Kongress geschlossen.

Aus Holland. Unser holländisches Bruderorgan meldet, dass in dem kleinen Städtchen Bodegraven seit dem 16. Dezember die Nachtarbeit abgeschafft worden ist. Hierzu haben die Bäckermeister die Meinung des Publikums eingeholt, und waren 568 Stimmzettel für Beseitigung der Nachtarbeit abgegeben worden. Dieser Sieg hat allerdings der Organisation noch zu Bedenken Veranlassung gegeben, da sich nur die Hälfte der Einwohner an der Abstimmung beteiligt hat. Unsere Vorkämpfer sehen auch dort unter den jetzigen Organisationsverhältnissen ein bindendes Gesetz für die beste Gewähr der strikten Durchführung der Nachtruhe an.

Gegen die Schundliteratur!

Das ist das Motto der im Verlage der Buchhandlung Vorwärts in Berlin erscheinenden Zeitschrift „In Freien Stunden“, die mit dem 1. Januar 1908 ihren 12. Jahrgang beginnt. In der Abonnements-Einladung fordert der Verlag die Parteigenossinnen sowie die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter

auf, nicht nur selbst „In Freien Stunden“ zu abonnieren, sondern auch für die weitestehende Verbreitung der Zeitschrift zu agitieren, damit die verderbliche Schundliteratur aus den Behausungen der Arbeiter endlich verschwinden möge.

Wir entnehmen die nachfolgenden Ausführungen der Ankündigung des Verlags.

Der neue Jahrgang der Zeitschrift beginnt mit dem Roman: „Das Einäug.“ Von Leon Glabel. Deutsch von F. Cassirer. „Dem Volke gewidmet.“ Diese Zueignung trägt der Roman an seiner Spitze. Mit Recht, denn seine Blätter sind durchglüht von der Liebe zu den Unterdrückten, sind erfüllt von Freiheits- und Gerechtigkeitsliebe und vom Hass gegen alles Unrecht.

Im Sturmjahre 1848 ist's. Ein paar alte Jugendfreunde, die ehemals gemeinsam für ihre revolutionären Ideale gelitten und gestritten und sich gern an jene schöne, begeisterungsvolle Zeit erinnern, treffen auf dem Bauerngute des einen zusammen. Auf einem Gute, das den Besuchern nicht durch seine Fruchtbarkeit und landschaftliche Schönheit interessant, sondern in hervorragendem Masse durch zwei Ruinen fasziniert und geheimnisvoll erscheint.

Die eine dieser Ruinen ragt als ein vermorsteter feudaler Herrensitz in der Nähe auf. Dieses Gespenst von einem Schlosse, so heisst es in der Erzählung, lag auf einer felsigen Bergeskuppe, die mit Haufen großer schwarzer Steinmassen besät und mit allen möglichen Hibernissen förmlich gespickt schien. Umgeben war es von einem breiten Graben, der mit trübem, übelriechendem Wasser fast bis an den Rand gefüllt war. Die unförmigen Trümmer ließen noch erkennen, daß sie einstmals zwanzig verschiedene Türme angehört, die einen ungeheuren Wachturm umgaben. Uebrigens zahlreich und sehr tief waren die Wärschen, die Mauerbrecher und Donnerbüchsen in die Mauern dieser mächtigen Bastille gelegt hatten. ... Alles bezeugte, daß man in dieser feudalen Hölle gemeint und gesammelt, geschlachtet und gebütet hatte, daß diese dicken Mauern, auf denen jetzt nur noch Kränen und Dohlen hausten, einst widerhalten von den Säufern der unglücklichen Opfer, die hier eingekerkert waren. Eine dieser Opfer ist Lukas Gaultard, „Das Einäug.“. Und er ist zugleich die zweite Ruine: ein fast hundertjähriger Greis, der Großonkel des Schloßbesizers, ein höchst merkwürdiger Mensch.

Die Besucher werden erschreckt, ihre Neugier wird erregt durch das seltsame Gebaren des Alten. Und so berichtet denn der Gußbesitzer seinen Gästen die Geschichte jener beiden Ruinen, die als Zeugen einer früheren bösen Zeit in die Gegenwart hineintragen.

Was die Enkel und Urenkel sich nur schauernd erzählen von der infamsten Institution, die die Erde jemals getragen: von der Leibeigenschaft, das hat der alte Lukas, „Das Einäug“, noch am eigenen Leibe gespürt. Sein entsetztes Antlitz, sein menschenscheues Weien, das sich lieber zu den Tieren als zu dem „Ebenbilde Gottes“ hält, seine ganze leibliche und geistige Verfassung zeugen von dem fürchterlichen Einflusse einer Zeit, da der schwer und hart Arbeitende nicht nur das goldbringende Werkzeug, sondern auch ein ohnmächtiges Spielzeug in den Händen einer unmenlichen brutalen Junkerklasse war. Ihn, dem Einäug, haben sie alles geraubt, das Menschenantlitz, seine Liebe, sein Glück, seine Tochter. Was uns in den Blättern des Romans an junkerlichen Heldentaten mitgeteilt wird, ist nur ein kleiner Teil der abligen Scheußlichkeiten. Aber es ist nicht, als wir mit ruhigen Sinnen lesen können. Mancher wird das Blatt erschüttert sinken lassen, wird fragen: „War denn das möglich?“ Und wie den erzählenden Bauern wird auch ihn heiliger Zorn und Schmerz ergreifen, wenn er sieht, wie der einäugige Lukas immer wieder von seiner eigenen Sklavenseele in die Knie vor seinem Peiniger gedrückt wurde. Es muß erst etwas ganz Unfassbares und beispiellos Schändliches geschehen — und das erzählt uns „Das Einäug“ selbst —, ehe der angeborene Knechtsinn im Feuer des Schmerzes und Hasses endgültig aufsteht.

Als das geschieht, ist auch die trostige Junkerburg zur Ruine geworden. Der Verfasser öffnet den historischen Hintergrund, der glühende Atem der großen französischen Revolution schlägt herein, und wir sehen, wie die Gequälten aufjauchzen vor Freude und Kampfeslust, als endlich die Freiheit ihre Feuer auf den Mauerresten der Götzen zündet und das Weltgericht über tausendjähriges Unrecht hereinbricht. Mit hinreißender Wucht hat der Autor diese revolutionäre Zeitstimmung geschildert. Die Wirkung des Romans wird noch erhöht werden durch künstlerische Illustrationen von der Hand des Münchener Malers Damberger.

Diesem Roman wird folgen: „Steuermann Goldsworth“. Roman von Clark Russell.

Ein Seeroman, wohl der beste des bekannten englischen Verfassers, der mit einer bis ins kleinste gehenden Sachkenntnis von den Freuden und Gefahren des Meeres, von Menschen und Dingen auf dem großen Wasser spricht. Steuermann Goldsworth erlebt einen Schiffbruch und muß mit anderen Gefährten lange Tage unter den fürchterlichsten Entbehrungen in einem offenen Boote auf dem Ozean zubringen. Als er endlich fast verhungert gerettet wird, hat er sein Gedächtnis verloren — ein Fall, wie er vor einigen Jahren als Tatsache in den Zeitungen berichtet wurde. Goldsworth hat den Namen seines Heimatsortes, hat seine daheim in Verzweiflung wartende junge Frau, hat alles vergessen. Wie er sich das Verlorene wieder zu erobert sucht, das ist der Hauptinhalt des Romans, der ebenfalls künstlerisch illustriert wird.

Neben dem Hauptroman beginnt in Heft 1 ferner der Abdruck von: „Sigrid, das Fischermädchen“. Erzählung von Theodor Mügge.

Diese prächtige Erzählung führt uns in eine norwegische Fjord-Landschaft, wo arme Fischer mühselig um ihr Leben ringen, wo das Leben nur matt zu pulsieren scheint, wo aber nichtsdestoweniger die heißen Leidenschaften plötzlich hervorbrechen und zu heftigen Kämpfen treiben. Um ein armes Fischermädchen geht der Hauptkampf. Besonders fesselnd sind die prächtigen Natur Schilderungen; der Autor versteht es meisterhaft, uns in die melancholisch-büßere Stimmung, wie sie über der Fjord-Landschaft lagert, zu versetzen. Unser Interesse wird bis zum letzten Blatt wachgehalten. — Weitere Erzählungen folgen! In jeder Woche erscheint ein 24 Seiten starkes, illustriertes Heft für 10 Pfennig.

Der Verlag hat den sämtlichen Zahlstellen unseres Verbandes einige Probehefte und Abonnements-Sammellisten zugehen lassen. Wir bitten unsere Kollegen, den Wunsch des Verlages zu erfüllen und für die weitestehende Verbreitung der Zeitschrift zu agitieren. Auf Wunsch stellt der Verlag für die Agitation in Fabriken usw. weitere Probehefte gern zur Verfügung.

Bestellungen sind entweder einer Parteibuchhandlung oder einem Parteipolporteur zur Beforgung zu übergeben oder aber beim Postamt aufzugeben.

Maßregelungen sind doch gang und gäbe. Wie gut kann sich gegenseitig nach einer Verschmelzung in der Agitation unterstützt werden. Wird dadurch nicht das Solidaritätsgefühl in gar nicht zu unterschätzender Weise geweckt und gefördert?

Gewiß sollten die Gaubezirke nach der Verschmelzung so eingeteilt werden, wie bisher. Auch die bereits angestellten Beamten sollten beibehalten werden. Wohl halte ich es am besten, die Mitgliedhaften wieder beruflich zu gliedern mit möglichst eigener Agitation und Verwaltung. Aber doch eine einheitliche Kassaführung und bei Lohnbewegungen eines Berufes natürlich gegenseitige Verständigung, um die erfolgreichste Taktik des Kampfes zu beraten und anzuwenden. Den schwierigsten Punkt finde ich in der Festsetzung der Beitragshöhe; hier müssen wir der Entlohnungsfrage der einzelnen Berufe Rechnung tragen. Aber auch hier mutig und frisch ans Werk! — Was die Gestaltung der Presse anbelangt, erkläre ich aus vollster Ueberzeugung: „Eine Zeitung im Beruf, wie bereits erörtert, darf niemals geschehen!“ Ueber die schwierigsten Probleme suchen wir hinwegzukommen, um die Arbeiter der vier Verbände zu vereinigen, und auf geistigem Gebiete sollen wir uns wieder zu trennen suchen? Lieber keine Verschmelzung, als das Auseinandergehen unseres geistigen Führers! Wohl wird sich mancher Kollege, der sich unsere Väterzeitung als seinen Freund und Berater erwählt hat, schweren Herzens von ihr trennen. Doch, Kollegen! Arbeiten nicht doppelt und dreifache Kräfte nach der Verschmelzung an dem Ausbau unseres gemeinsamen Organs? Doppelt wird sich unsere zukünftige Zeitung bemühen, alle Arbeiter der vier Verbände als seine Freunde um sich zu fassen. In der Form innerer Ausgestaltung schließe ich mich der Veröffentlichung unseres Gaubandes an. Im übrigen wird zur Lösung mancher vorhandenen Frage das bewährte Geschick unserer Beamten selbst beitragen. Besonnen und kühl der rauhen Wirklichkeit ins Auge sehend — das bildet das Fundament zu Reformen im proletarischen Entwicklungsgebiete!

Frz. Bierlinger, Rafenheim a. Rh.

Die Frage der Zentralisation in der Lebensmittelbranche ist ja nun durch die Konferenz der vier beteiligten Berufsgruppen und durch die dort angenommene Resolution in Fluss gekommen. Selbstverständlich ist ja das Bedürfnis, sich zusammenzuschließen, bei jedem halbwegs mit Klassenbewußtsein erfüllten, ausbeuteten, entrechteten Menschen eine ausgesprochene Tatsache; ob wir aber bei dem gedachten Zusammenschluß große Vorteile erringen werden, möchte ich doch noch in Zweifel stellen. Die Gründe, die mich hierzu veranlassen, möchte ich in folgenden Deduktionen spezialisieren. Zu der Lebensmittelbranche gehören bekanntermaßen nicht nur Bäcker, Brauer, Fleischer, sondern es kommen noch eine ganze Reihe von Berufsgruppen in Frage, z. B. die in Margarine-, Konserven-, Molkereibetrieben usw. beschäftigten Personen. Wo sollen wir da nun die Grenze ziehen? Ich befürchte, es könnten daraus eventuell häßliche Streitigkeiten zwischen den interessierten Korporationen entstehen, die jedenfalls für eine gezielte Propaganda recht unliebsam wären. Ich erinnere nur an ähnliche Vorgänge beim Handels- und Verkehrsarbeiterverband im vorigen Jahre. Es bestimmen mich übrigens auch noch andere Gründe, dieser Koalition skeptisch gegenüberzustehen. Zum Beispiel wir legen den Fall, es bricht in einem z-befehligen Orte eine Arbeitsniederlegung bei den Bäckern aus, so ist es doch unzweifelhaft, daß Brauer, Fleischer und noch weitere uns fernstehende Berufsgruppen gar nicht in der Lage wären, sich für uns in irgend einer Art und Weise praktisch zu betätigen; höchstens ihre moralische und materielle Unterstützung könnten sie uns zu teil werden lassen. Ich glaube, dieses könnte unter dem gegenwärtigen Zustande schon geschehen, wenn nur immer der gute Wille vorhanden wäre, um so mehr, da doch schon jetzt die Gewerkschaften in den örtlichen Kartellen und auch in der Generalkommission organisiert sind. Ganz anders würde sich ja nun die Sache mit den Müllern gestalten. Einen Zusammenschluß mit dieser Berufsgruppe könnte ich nur mit Freuden begrüßen, und ich habe mich schon manchmal gewundert, daß wir diesen Schritt nicht schon vor längerer Zeit getan haben; es wäre zum mindesten eher angebracht gewesen, als der Zusammenschluß mit den Konditoren, die sich gegenwärtig leider bloß auf wenige in der Schokoladenindustrie beschäftigte Personen beschränken. Mit den Müllern verbunden uns ja, wie jeder Kollege weiß, direkte Berufsinteressen; dieselben wären ja unmittelbar in der Lage, bei einer Arbeitsniederlegung für uns sofort in Aktion treten zu können. Ein Schulbeispiel möchte ich hierzu noch anführen: Als im vorigen Jahre in einer hiesigen Mühle ein Streik ausbrach, verweigerten die Kollegen das Abladen des Mehles, das eine hiesige große Bäckerei von der vom Streik betroffenen Mühle bezog, also hatten direkt an der Aktion der Beteiligten mit eingegriffen. Selbstverständlich könnte nun dieser Fall in umgekehrter Weise eintreten, was ich ja den Kollegen nicht erst auseinanderzulegen brauche. Nun können höchstens die Argumente ins Feld geführt werden, daß bei der Gründung eines Industrieverbandes die Klassen gestärkt werden, die Unterstützungseinrichtungen besser ausgebaut werden können, aber dieses alles bedingt auch wieder erhöhte Ausgaben, und da in erster Linie eine moderne Gewerkschaft eine Kampforganisation ist, die angeführten Gründe also erst eine Nebenfrage sind, so meine ich, daß wir von der Gründung eines Nahrungsmittelverbandes (ausgenommen die Mülller) vorerst absehen sollen, weil absolut keine großen Vorteile herauspringen werden. Ich bin ganz der Meinung des Kollegen K., Hamburg, daß Idealismus ein schöner Gedanke ist, doch können bloß praktische Gründe zu dieser Frage für uns maßgebend sein, und diese sind bei der geplanten Verschmelzung nach meiner Ansicht so minimaler Natur, daß wir mit gutem Gewissen davon absehen können. Nicht bezeichnend ist nun auch für mich die Haltung unseres Hauptvorstandes zu dieser Frage. Eine abwartende Stellung will er einnehmen. Die Meinung der Mitglieder will er erst hören. Die Motive, die ihn dazu bestimmen, kann ich ihm ja nachfühlen — jedenfalls hat er mit der Verschmelzung des Konditorenverbandes keine allzu rosigten Erfahrungen gemacht. D. Enßlen, Leipzig.

Der Begründer des Antrags 51 auf der letzten Generalversammlung zu Cassel, wird, nach der Behandlung aus dem Protokoll zu schließen, nicht gehofft haben, daß diese Sache so bald zur gründlichen Aussprache kommen würde, und ich denke, der eifrige Befürworter einer event. Verschmelzung der Verbände in der Nahrungsmittelindustrie hat nicht geglaubt, daß der Stein so schnell ins Rollen kommen sollte. Man war ja wie aus den Wolken gefallen, als uns in Nr. 49 der Fachpresse eine so schwierige Materie vorgelegt wurde.

Wenn der Verbandsvorstand sich vorläufig in Still Schweigen hüllt, ist dieses ja sehr vornehm und läßt sich verstehen; daß aber warme Befürworter dieser Sache nicht auf den Plan kommen, um uns hier mit einwandfreiem Material zu dienen, verheißt ich nicht. Denn bis jetzt waren es doch nur schwächere Köpfe, die seit vier Wochen in der Presse herangeführt sind. Oder stimmt es mit dem Ausrufe des Kollegen Krohn: „Sie sind alle Idealisten, die Befürworter der Verschmelzung!“

Als eine nichtsagende Nebenart fasse ich gewöhnlich das vielgebrauchte Wort auf: „Im Grunde bin ich dafür, aber augenblicklich ist es noch nicht angängig.“ Ich habe keinen anderen Ausdruck und muß diese Worte nun auch zu den meinen machen. Grundtätlicher Gegner einer leistungsfähigen Branchenorganisation wird man als Gewerkschafter nicht sein, da ja die Vorteile auf den Gebieten der Verwaltung und Agitation sofort in die Augen fallen; es kommt weiter in Betracht, daß Aussprachen der leitenden Personen bei Lohnbewegungen bedeutend einfacher sind, da man ja nicht mit verschiedenen Instanzen an verschiedenen Orten zu korrespondieren und zu beraten braucht.

Da nun aber die Organisationsverhältnisse in der Nahrungsmittelindustrie — Brauer nehme ich aus — noch lange nicht die besten sind, muß man doch unbedingt versuchen, in den einzelnen Gruppen mehr Aufklärung in die Tiefe zu bringen, ehe man daran geht, eine breite Basis zu schaffen.

Da die Ziffern von der letzten Berufszählung noch nicht vorliegen, steht uns leider kein anderes Material zur Verfügung als die Statistik von 1895, und ich muß mich in nachfolgendem darauf beziehen. Für die hier in Frage stehenden Verbände kommen 228 888 organisationsfähige Personen in Betracht, davon waren im Jahre 1906 ihrer Gewerkschaft angegeschlossen 49 500 Personen, oder 21,2 pZt. der Berufsangehörigen sind organisiert. Ziehen wir nun die Brauer ab, welche, wie ich schon anführte, zu den gut organisierten Gewerkschaften gerechnet werden müssen, da dieselben mit 63 pZt. organisiert sind, so fällt der Prozentsatz von 21,2 auf 12 pZt. Da in den Zentralverbänden 34,5 pZt. der organisationsfähigen Personen organisiert sind, sehen wir, welche ungeheure Arbeit noch geleistet werden muß, um Aufklärung in unsere Reihen zu bringen. In unserem Verbands sind wir mit 17,8 pZt. organisiert. Es wird sich aber zeigen, wenn die Zahlen der Berufszählung von 1907 vorliegen, daß sich dieses Bild zu unseren Ungunsten veränderten hat. Der fabrikmäßige Betrieb in der Bäckerei hat in den letzten Jahren bedeutend zugenommen. In der Konditorei ist derselbe von jeher verbreiteter gewesen, muß sich aber in dem letzten Jahrzehnt enorm vergrößert haben, da sämtlicher Handel einen Aufschwung genommen hat und bekanntlich die Zuckerwaren- und Schokoladenfabriken nicht nur für den engen lokalen Markt herstellen, sondern für den großen nationalen Markt produzieren und sogar die Waren Gegenstand des auswärtigen Handels werden.

So wenig Berufsgemeinschaft wir mit den Bräuern haben, ebensowenig mit den Fleischern. Als verwandtschaftliches Verhältnis kann man wohl nur das Kost- und Logiswesen ansehen; nur daß dieses bei den Bräuern größtenteils abgehandelt ist, dank ihrer guten Organisation, während es im Fleischergewerbe noch in schönster Blüte steht, wie ja auch die Kleinbetriebe und Lehrlingszuchterei in der Fleischerie vorherrschend sind. Die Agitation von unserer Seite wird bedeutend mehr Arbeit kosten. Der Klassengeist, welcher in den Reihen der Bräuerschaften-Schlachtereigenen steckt, ist schwer auszutreiben. Die Bräuerschaften dominieren in den kleinsten Orten und werden von den Meistern unterstützt, wie ja auch das Verhältnis zwischen Gesellen und Meistern ein ganz anderes ist, als es jemals in unserem Berufe war. Darum ist es wohl zu verstehen, daß die Organisationsverhältnisse nicht besser sind (es sind 5 pZt. organisiert) und daß die leitenden Personen einen schweren Stand haben; aber langsam und sicher sind die Pionierarbeiten in den letzten Jahren gemacht, und die Gewerkschaft wird eher vorwärts kommen, wenn sie auf eigene Kraft angewiesen ist. Es ist ja auch falsch, wenn gesagt wird, wir könnten den Fleischern bei Lohnbewegungen von Nutzen sein. Es würde nicht angängig sein, hier die Klassenangelegenheiten zu erörtern; ist nicht, daß der Kampf im Fleischergewerbe bedeutend schwieriger zu führen ist als bei uns und man auf Bequemlichkeit des kaufenden Publikums noch viel zu viel Rücksicht nehmen muß.

Warum nun aber ein Zusammenschluß der Bäcker und Müller sofort erstrebenswert erscheint, sehe ich nicht ein. Abgesehen von Konsumvereinen, möchte ich nicht, daß Bäckereien zur Einrichtung von Mühlen Übergang finden sollten; auf jeden Fall kann es sich wohl nur um Zwergebetriebe handeln. Es wird wohl wenig Industrien geben, wo die Maschine so revolutionierend gewirkt hat, wie in der Mchbranche, und es ist ersichtlich, mit welcher Präzision das Getriebe arbeitet, man möchte sagen, ohne menschliche Hilfe. Es ist ja bezeichnend, wenn ich anführe, daß in der größten Mühle Europas nur 150 bis 160 Arbeiter beschäftigt sind, und darunter nur 4 bis 6 gelernte Müller.

Daß die Organisationsverhältnisse im Müllergewerbe keine guten sind — es sind nur 10 pZt. organisiert —, läßt sich begreifen, wenn man bedenkt, daß die meisten Mühlen auf dem flachen Lande liegen, abseits der großen Heerstraße und von allem modernen Verkehr. Noch ein Weiteres kommt hinzu, dieses ist die Saisonarbeit. In den Hafenstädten, wo die Reis-, Graupen- und ähnliche Mühlen vorwiegend sind, dauert die Hauptarbeit nur ein paar Monate; es werden bei flauer Zeit Hunderte von Arbeitern entlassen, und so wie wir mit starker Fluktuation zu rechnen haben, ist es bei den Müllern auch der Fall.

Ich gebe zu, daß in der Zukunft bei wirtschaftlichen Kämpfen für uns Bäcker eine einheitliche Organisation mit den Müllern vorteilhafter ist, aber doch immer nur bedingt. Es läßt sich ja aus praktischen Gründen das pro und contra nicht so öffentlich breittreten. Auf alle Fälle ist der Vorteil für beide Parteien nur sehr gering.

Wenn bei den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern der Gedanke eines engen Zusammenschlusses sich auch immer mehr Bahn bricht, so soll man aber das Zunächstliegende nicht aus den Augen lassen. Eine Agitation in kleinen Branchen ist zwar teuer, aber fruchtbringender. Der Hinweis auf enge Koalition der Unternehmer ist bei dieser Gelegenheit nicht angebracht, da hier die Vorbereitungen ganz anders sind.

Ich bin der Meinung, wenn in den betr. vier Verbänden die Aufklärungsarbeit so fort geht, wir in absehbarer Zeit zu einer Verschmelzung kommen werden. Ferner betrachte ich die im März vorzunehmende Abstimmung nur als Nichtschur für den Hauptvorstand. Nur auf einem Verbandstage kann die Frage eingehend erörtert, das Für oder Gegen reiflich erwogen und die Gegensätze geklärt werden. Warten wir ab, wie die Abstimmung ausfällt, und beugen uns den Beschlüssen eines Verbandstages. Metz. Viehl.

Wenn man das Sein oder Nichtsein eines Nahrungsmittelindustrieverbandes erörtern will, tut man am besten, andere, schon bestehende Industrieverbände ob ihrer Leistungsfähigkeit zu untersuchen. Wir werden herausfinden, daß z. B. der Metallarbeiter- sowohl wie der Holzarbeiterverband, besonders nach ihrer Verschmelzung, einen ungeahnten Aufschwung und eine Schlagfertigkeit erhalten haben, die diesen beiden Verbänden ermüdeten, Massenausparungen nicht allein ohne ernstliche Gefährdung ihrer Existenz zu widerstehen, sondern auch aus dem Kampfe siegreich hervorzugehen. Sie zwingen auch die brutalsten und die mächtigsten Unternehmerverbände zur Anerkennung und Achtung der Arbeiterorganisation. Es ist noch keinem Menschen eingefallen, die Verschmelzung dieser Verbände als einen Mißgriff zu bezeichnen. Man muß außerdem erwägen, daß das Unternehmertum in der Metallbranche zum großen Teil aus den kapitalstärksten Fabrikanten oder aus Aktiengesellschaften mit den riesigsten Kapitalien besteht. Ferner sind in vielen Fällen in einem Betriebe alle Zweige der Metallbranche vorhanden, so daß sich den Metallindustriellen sehr oft die Gelegenheit bietet, bei Lohnbewegungen eines Teiles der Arbeiter den anderen Teil mit auszusperren. Dasselbe trifft auch bei den Holzarbeitern in Möbel- oder Klavierfabriken usw. zu, ganz zu Schweigen von den Bauhandwerkern.

Endlich kommt noch in Betracht, daß das Unternehmertum in der Metall-, auch in der Van- und Möbelindustrie seine Konsumenten nicht direkt in der großen Masse des Volkes, sondern an einzelnen Personen oder Korporationen hat und deshalb von den Arbeiterorganisationen noch nicht einmal der Boykott als Kampfmittel angewandt werden kann. Auch müssen die Produkte der Nahrungsmittelindustrie zum großen Teil täglich und wöchentlich frisch erneuert werden. Die Ausparungslust kann somit niemals bei uns so um sich greifen wie in der Metall- und Holzindustrie. Auch aus anderen Gründen nicht. Ich glaube, daß sich bei einem Bäckerstreik die Brauerei- oder Mühlenbetriebe niemals zu einer Ausparung ihrer Arbeiter aus Solidarität mit den Bäckermeistern herbeilassen und schwere wirtschaftliche Schädigungen auf sich nehen werden und ebensowenig werden im entgegengesetzten Falle dies die Bäckermeister wagen. Es ist auch ohnedies nicht daran zu denken, daß es einmal zu einer allgemeinen Ausparung der Bäckereiarbeiter eines größeren Ortes oder Distrikts kommen wird, dazu sind unsere Arbeitgeber in ihrer Gesamtheit wirtschaftlich zu schwach, um dieses ohne Draufgabe zahlreicher Existenzen durchführen zu können.

Nun zu den gemeinsamen Bezirksleitern. Es ist für diese nicht so schwer, sich in den Fragen der einzelnen Berufe einzuarbeiten. Bei Verhandlungen werden sie nie allein zugegen sein, sondern es wird ihnen ein Fachmann zur Seite stehen, wie dies bei Verhandlungen mit Zuckerwarenfabrikanten auch schon geschieht. Die Kleinagitation wird durch die Verschmelzung nur erleichtert. Verührungspunkte finden sich beim Vergnügen, in der Wirtschaft, am Mittagstisch, auf dem Arbeitsplatz und auf der Straße. Die Zeitung kann vereinigt werden, und würden vielleicht, wie jetzt, acht Seiten auch genügen. Oeffentliche Versammlungen können oft gemeinsam abgehalten werden, da in diesen nur allgemeines Agitationsmaterial benutzt zu werden braucht.

Ich würde also keinen einzigen ernstlichen Grund anzuführen, der mich zur Ablehnung der Verschmelzung veranlassen könnte, und hoffentlich wird sich bei den gesamten beteiligten Verbänden eine Majorität für diese Frage finden.

C. A., Cassel.

Fachtechnische Rundschau.

Patentbericht.

Mitgeteilt vom Patentanwalt Ingenieur W. Kornfeld, Wien VII, Karl Schwighofergasse 9. Auskünfte in Patentangelegenheiten werden Abonnenten dieses Blattes unentgeltlich erteilt. Gegen die Erteilung unten angeführter Patentanmeldungen kann binnen zweier Monate Einspruch erhoben werden. Auszüge aus den Patentbeschreibungen werden von dem angeführten Patentanwaltsbureau maßigst berechnet.

Deutsches Reich.

(Ausgelegt am 23. Dabr. 1907, Einspruchsfrist bis 23. Febr. 1908.)
Kl. 2b, Robert Fiering, Cöthen i. Anh.: Teig-Rnets- und Mischmaschine.

Kl. 2b, Rudolf Wolski, Berlin, Winterfeldstr. 15: Ausstechform für Rakes.

Deutsches Reichs-Gebrauchsmuster.

Kl. 2b, Gustav Fischer, Solingen: Vorrichtung zum Delen der Brötchen. 324907.

Kl. 2b, Johannes Jauch, Schwemingen a. N.: Glaseinsatz für Badmulden. 324976.

Ungarn.

(Ausgelegt am 7. Dezbr. 1907, Einspruchsfrist bis 7. Febr. 1908.)
B. 3758, Otto Vertram, Fabrikant, Halle: Teignetmaschine. P. 2223, Rudolf Kunzmann, Bäckermeister, Wien: Maschine um Formen von Teigstücken zu Semmeln.

Bäckerei-Mißstände.

Die Reinlichkeit im Bäckereibetrieb läßt mancherorts sehr viel zu wünschen übrig. Daß man in Karlsruhe auch wenig appetitliche Zustände finden kann, das bezeugt der nachfolgende zwischen dem hiesigen Arbeitersekretariat und dem Großh. Bezirksamt stattgefundene Schriftwechsel. Unterm 29. November v. J. richtete das hiesige Arbeitersekretariat folgendes Schreiben an das Großh. Bezirksamt:

Karlsruhe, 29. November 1907.

An das Großherzogliche Bezirksamt, hier.

Die Reinlichkeit im Bäckereibetrieb betr.

Durch uns gemachte Angaben veranlaßt, teilen wir dem Großh. Bezirksamt folgendes mit:

Bäckermeister Durian, Werberstraße 69, hier, beschäftigt neben einem Gehilfen einen Lehrling. Diesen beiden Personen steht eine Waschküchle zur Reinigung des Körpers oder der Hände nicht zur Verfügung. Die beiden, Gehilfen und Lehrling, nehmen die Waschungen in demselben Eimer vor, mit dem das Wasser in den Vackteig geschöpft wird. Auch wird dieser selbe Eimer zum Spülen der Siege benutzt, ja am vergangenen Samstag soll er sogar zur Reinigung des Klosetts verwendet worden sein. Ueberdies soll die Waschkü-

von Ungelehrter geradezu wimmeln, so daß dasselbe häufig in den Teig oder die Milch fällt.

Da uns die Möglichkeit fehlt, die uns gemachten Angaben auf ihre Richtigkeit zu prüfen, richten wir an das Großh. Bezirksamt den Antrag, sofort eine Untersuchung einzuleiten und auf Abstellung der Zustände zu dringen, die, wenn sie, wie geschilbert bestehen, zweifellos eine schwere Verletzung der in der Verordnung Großh. Ministeriums des Innern vom 29. Juni 1900 bezüglich der Reinlichkeit in Bäckereien gegebenen Bestimmungen darstellen. Wir halten ein energisches Einschreiten im Interesse des konsumierenden Publikums für dringend notwendig. Von dem Ergebnis der Untersuchung bitten wir uns Kenntnis zu geben.

Arbeitersekretariat Karlsruhe, Kurvenstr. 19.
Albert Willi.

Darauf ist dem Arbeitersekretariat folgendes Schreiben zugegangen.

Großh. Bezirksamt Karlsruhe. Karlsruhe, 11. Dezember 1907.
Polizeidirektion.

Nr. 110 282. Die Reinlichkeit im Bäckereibetrieb des Bäckereimeisters Durian hier, Werderstr. 69, betr.

Gegen den Obengenannten wurde strafend eingeschritten.

Im Arbeitersekretariat hier.

Die kurze Antwort des Bezirksamts läßt darauf schließen, daß die dem Arbeitersekretariat gemachten Angaben in vollem Umfange richtig waren. Begreiflicherweise wird das konsumierende Publikum sich nicht dabei beruhigen können, daß gegen den schuldigen Bäckereimeister in obigem Falle strafend eingeschritten wurde. Man darf vielmehr die Erwartung zum Ausdruck bringen, daß die Behörden die Bäckereibetriebe einer scharfen Kontrolle hinsichtlich der Reinlichkeit unterwerfen und daß dabei nicht unterlassen wird, darauf zu achten, daß dem in der Bäckerei beschäftigten Personal auch eine anständige Waschelegenheit und saubere Bettwäsche zur Verfügung steht. Diesen Schutz muß das Publikum von der Behörde in Anspruch nehmen und sie wird, wenn sie dabei mit aller Energie vorgeht, auch auf den Dank des Publikums rechnen dürfen.

Sozialpolitisches.

Aus Augsburg. Die Verordnung der Regierung über die Ruhezeit der Gehülfen und Lehrlinge im Bäckergewerbe vom ersten Weihnachtstage auf den Stephanstag wurde so ziemlich eingehalten. Viele unserer Kleinmeister arbeiteten alleine, andere trotzten der Verordnung und beschäftigten in den Ruhestand zurückgetretene Meister, andere wieder Gehülfen oder ihre Lehrlinge. Ja, selbst die Frau Meisterin sollte keine Ruhe haben und mußte tüchtig Brötchen kneten. Die Kontrolle, welche von den Mitgliedern des deutschen Bäckerverbandes in der betreffenden Nacht ausgeführt wurde, förderte all diese Mißstände zu Tage und seien hier die Meister benannt, die sich gegen die Verordnung auflehnten und die Verbesserung der Verhältnisse der Gehülfen und Lehrlinge so hochschätzten. Es sind diese Meister, welche größtenteils in den Arbeitervierteln ihr Geschäft haben und sich nur vom sauren verdienten Gelde der Arbeiter über Wasser halten können.

Die Namen derselben sind: Heinrich Lang, Jakobstraße, Mag Kasper, Reiche, Frig Weidenbach, Ulmerstraße, Ignaz Endres, Ulmerstraße, Friedr. Wiedemann, Donauwörtherstraße, Mich. März, Wolfgangstraße, Mich. Hammer, Straße 22 und vielleicht noch andere, wo es den Kontrollierenden unmöglich war, Einblick in die Bäckerei zu bekommen. Hervorgehoben sei aber der letztgenannte, der sich schon des öfteren in Wirtschaften darüber ausgelassen hat, daß er auf die Arbeiterkundschaft pfeife. Er nahm sich einen Wagenführer der Straßenbahn, einen ehemaligen Bäcker, zur Aushilfe, um ja seinen Profit an diesem Tage nicht geschmälert zu sehen. Wir eruchen deshalb unsere Gewerkschaftler und Parteigenossen, bei ihren Einkäufen diese Bäckereimeister dementsprechend berücksichtigen zu wollen, denen das Geld der Arbeiter wohl willkommen, die die Verbesserungen und Ziele derselben aber verwerfen. Wenn aber die hiesige Meisterschaft solches Arbeitsmaterial hat, wie der Allgäuer, der sich in der letzten öffentlichen Versammlung geäußert hat, so lange er hier die Vertretung der Gehülfen bei der Handwerkskammer hat, der Verband nicht aufkommt, dann haben die Meister ein leichtes und die Gehülfen können sich dann bei ihm bedanken, wenn ihre Arbeits- und Lohnverhältnisse immer schlechter werden. Aber trotz alledem wird der strebsame Kollege das Weiterarbeiten nicht aufhalten können, wenn er sich mit seiner Rückständigkeit in den Speichen desselben secklamieren will. Betont sei hier nochmals, daß nur der Bäckerverband es war, der unermüdet für die Verordnung eintrat, um es den Gehülfen und Lehrlingen möglich zu machen, die drei hohen Feste menschenwürdig begehen zu können. Deshalb hinein in den Bäckerverband, durch Nacht zum Licht!

Genossenschaftliches.

Unsere Genossenschaftstare haben außer den in den bisherigen Veröffentlichungen bekannt gegebenen 83 Vereinen noch folgende Vereine anerkannt: Neuer Konsumverein in Coburg, Konsum- und Sparverein Caspel und Umgegend. Das sind nun insgesamt 85 tarifreue Vereine, die 74 Bäckereimeister und 1090 Gehülfen beschäftigen.

Der Arnstädter Konsum- und Produktivverein berichtet über sein 12. Geschäftsjahr. Es stieg die Zahl der Mitglieder von 1106 auf 1213, der Umsatz von M. 278 385 auf M. 307 984 und der durchschnittliche Mitgliedsbezug von M. 251,70 auf M. 253,89. Der Gesamtüberschuß betrug M. 32 553. Die Bäckerei hatte einen Umsatz von M. 90 304 und erzielte einen Reinertrag von M. 12 594. Bei der Großeinkaufsgesellschaft hatte der Verein in dem vollen Berichtsjahre einen Umsatz von M. 68 100.

Der Allgemeine Konsumverein in Halle a. d. S. und Umgegend berichtet über sein am 30. Juni 1907 beendetes 17. Geschäftsjahr. Der Mitgliederbestand stieg von 6998 auf 7008. Dagegen ist der Umsatz im eigenen Geschäft von M. 2 067 591 auf M. 1 990 088 zurückgegangen; auch der Umsatz im Lieferantengeschäft ist von M. 644 807 im Vorjahre auf M. 532 301 im Berichtsjahre gesunken. Im Mai 1907 erfolgte die Uebernahme des Kochauer Konsumvereins. In der Bäckerei wurden verbäuden an Roggenmehl 17 715 Zentner, an Weizen-

mehl 4687 Zentner; daraus wurden hergestellt 458 488 Stück Brote im Werte von M. 279 081 und für M. 126 628 Weißgebäck, insgesamt für M. 405 709 Backwaren. Da die vorhandenen vier Dampfbacköfen zur Bewältigung dieses Quantums knapp ausreichten, ist ein fünfter Dampfbackofen aufgestellt worden. Beschäftigt werden in der Genossenschaft 157 Personen. Bei der Großeinkaufsgesellschaft hatte der Verein im Jahre 1906 einen Umsatz von M. 350 900 gegen M. 438 300 im Vorjahre

Der Minister an den Arbeiter.

(Aus dem „Wahrer Jakob.“)

Ueb' immer Treu' und Redlichkeit
Und Nüchternheit zu jeder Frist,
Und nebenbei Bescheidenheit,
Wenn du ein armes Luder bist!

Tu' bis ans Ende deine Pflicht
Und ford're nicht mit Zornesrollen!
Man liebt bei uns die Leute nicht,
Die immer etwas haben wollen.

Nach gutem Untertanenbrauch
Sei recht manierlich und recht schmiegsam,
Wein lieber Freund, und mache auch
Dein Rückgrat, bitte, etwas biegsam!

Wenn Du es so im Leben treibst,
Wird kein Gendarm dich schikanieren.
Wenn Du in diesen Grenzen bleibst,
Dann darfst du sogar opponieren!

Wenn vor der Zeit sie dich begraben,
Sitzst du als Christ und Monarchist.
Was willst du mehr vom Leben haben,
Wenn du ein armes Luder bist??

P. C.

— Anzeigen. —

Mitgliedschaft Hamburg-Altona.

Sonntag, 26. Januar, nachm. 1½ Uhr:

== Grosse gemeinschaftliche == Mitgliederversammlung

im Gewerkschaftshaus, oberer Saal.

Tagesordnung: 1. Wahl einer Lehrlingschutzkommission. 2. Wahl eines Beisitzers zum Verbandsvorstand. 3. Jahresbericht des Vorstandes. 4. Diskussion. 5. Wahl der Ortsverwaltung. 6. Verschiedenes.

Da um 6 Uhr der Saal geräumt sein muß, bitten wir bringend um rechtzeitiges Erscheinen der Mitglieder.

Der Vorstand.

NB. Gleichzeitig machen wir die Konditoren darauf aufmerksam, daß ab 1. Januar 1908 sich der Arbeitsnachweis der Konditoren auf unserem Bureau befindet.

Telephon: Amt 5, Nr. 2043. [M. 4,20] D. D.

Mitgliedschaft Mainz.

Sonntag, den 12. Januar, nachm. 2 Uhr:

Generalversammlung

bei Thiele, Brand Nr. 17.

Tagesordnung: Jahresbericht, Vorstandswahl. Kollegen, erscheint alle. [M. 1,80] Der Vorstand.

Mitgliedschaft Wiesbaden.

Donnerstag, den 16. Januar, nachm. 2 Uhr:

Generalversammlung

im Gewerkschaftshaus, Wellstr. 41.

Tagesordnung: Jahresbericht, Vorstandswahl, Vortrag des Kollegen Lantes.

Kollegen, erscheint alle. [M. 2] Der Vorstand.

Unserem Kollegen Franz Schweyer und seiner lieben Braut zu ihrer Verlobung

die besten Glückwünsche!

[M. 1] Mitgliedschaft Wiesbaden.

Unserem Vorgesetzten, Kollegen Hans Riedl, nebst seiner lieben Braut Berta Schwab

die besten Glückwünsche zur Verlobung!

[M. 1,50] Die Konsumbäcker in Freiburg i. Br.

Gast- und Logierhaus Hamburg-St. Pauli, Silberfackstr. 17.

Treffpunkt aller Bäcker

von Hamburg, Altona, Bandsbek und Umgegend.

Von Tagesblättern liegen aus: „Hamburger Echo“, „Speoer Nachrichten“ und „Rostocker Nachrichten“.

H. Pfeifer, früher Zeughausmarkt 13.

Telephon Amt I, 1130.

Allen Dresdener Bäckergehülfen

empfiehlt sein freundliches, neu renoviertes Restaurant mit Billard.

Jeden Dienstag, Donnerstag und Sonntag

:: Großer Bäckerverkehr ::

Gute Speisen und Getränke zu jeder Tageszeit.

August Heinrich,

[M. 3] Restaurant zur „Klosterhänke“, Liliengasse.

Wo treffen sich die Bäcker Danzigs?

Im Restaurant von Karl Kaiser,

Breitegasse 39

Jeden Sonntag und Donnerstag: Großer Bäckerverkehr.

[M. 3]

Gute Schlafstellen.

Große Auswahl in kalter und warmer Küche.

Allen Mündener Bäcker- und Konditorengehülfen

empfiehlt sich zur Anfertigung von Herrens Garderoben

aller Art in jeder Preislage — für eleganten Schnitt und Sitz weitgehendste Garantie.

Georg Prem, Walterstr. 21, 1. Et., Rckgb.

Zur Beachtung!

Heute ist der 3. Wochenbeitrag
(12. bis 18. Januar) fällig.

Verbandsmitglieder!

Besucht alle ohne Ausnahme die Generalversammlungen der Mitgliedschaften, wo es sich darum handelt, tüchtige und fähige Kollegen mit der Leitung der Geschäfte der Zahlstellen zu betrauen.

Bezahlt regelmäßig und pünktlich eure Beiträge und agitiert energisch für die Stärkung des Verbandes!

Mitglieder- bzw. öffentliche Versammlungen.

Sonntag, 12. Januar:

Altenburg i. S.-A.: Im „Schwarzen Adler“. — Arnstadt i. Th.: — Barmen: Vorm. 10 Uhr im Gewerkschaftshaus, Parlamentstraße. — Bergedorf: Nachm. 4 Uhr im „Deutschen Hause“, Sachsenstr. 4. — Bremerhaven: Nachm. 4 Uhr bei Schüller, Reichstraße. — Dortmund: Nachm. 4 Uhr bei Behle, Brückstr. 16. — Halle a. d. S.: Nachm. 3 Uhr im „Weißen Roß“, Geißestr. 5. — Homburg v. d. S.: Nachm. 3 Uhr (Generalversammlung) bei Kappus, „Zur neuen Brücke“. — Jülich: Nachm. 1 Uhr im „Centralhotel“. — Lübeck: Nachm. 3 Uhr im Vereinshaus, Johannisstr. 50. — Neumünster: Nachm. 4 Uhr bei Burg, Plönerstr. 7.

Dienstag, 14. Januar:

Erfurt: Nachm. 3 Uhr im „König von Preußen“, Futterstraße 9. — Heidelberg: Nachm. 3 Uhr im „Goldenen Römer“, Hauptstr. 41. — Hannover: Nachm. 5 Uhr im Arbeiterverein, Burgstr. 30 (Referent Oskar Allmann). — Rosenheim: Im „Frühlingsgarten“.

Mittwoch, 15. Januar:

Braunschweig: Nachm. 3 Uhr in Steches Bierpalast (Referent Oskar Allmann). — Leipzig: Nachm. 3½ Uhr (öffentliche; Referent M. Barth-Berlin) im Volkshaus. — Striegau: Im Sauer's Lokal. — Thale a. S.: Im „Reichsfangler“, Hüttenkauffee. — Wolfenbüttel: Abends 8 Uhr bei Friede, Fischerstraße (Referent Oskar Allmann).

Donnerstag, 16. Januar:

Berlin: (Konditoren und Zuckerwarenarbeiter und Arbeiterinnen) Abends 8 Uhr im Englischen Garten, Alexanderstr. 27c. — Berlin-Cöpenick: Im Restaurant Koblitz, Rosenstr. 10. — Cottbus: Nachm. 3 Uhr (Generalversammlung) bei Lieste, Schloßstr. 12. — Pörrach i. B.: Nachm. 3½ Uhr im „Meierhof“, Baselerstraße. — Ludwigschafen: Nachm. 3 Uhr bei Viebler, Bredestr. 33. — Lufdenwalde: Nachm. 3 Uhr im „Jägerhof“, Anhaltstraße-Gde. — Birnmasens: „Zur Traube“, Schloßstraße. — Rostock: Abends 8 Uhr im Gewerkschaftshaus, Beguinenberg 10. — Spandau: Bei Böhle, Neumeisterstr. 5.

Freitag, 17. Januar:

Sameln: Nachm. 4 Uhr im Gewerkschaftshaus, Baustraße (Referent Oskar Allmann).

Sonabend, 18. Januar:

Böckum: Jeden Sonnabend Diskutierstunde bei Schäfer. — Elberfeld: Abends 8 Uhr im Volkshaus. — Hannover: Abends 8 Uhr im Ballhof (Referent Oskar Allmann). — Stettin: (Konditoren, Tagbäcker) im Restaurant Greif, Elisabethenstr. 69.

Sonntag, 19. Januar:

Apolda: Vorm. 10 Uhr im Gewerkschaftshaus. — Bremen: Nachm. 3 Uhr (Generalversammlung) bei Wegel, Ansgarsthorstr. 12. — Bochum: Nachm. 4 Uhr bei Schäfer, Ringstr. 8. — Celle: Nachm. 4 Uhr bei Knop, Fritzenwiege (Referent Oskar Allmann). — Düsseldorf: Nachm. 3 Uhr bei R. Gwalb, Breitestr. 15. — Forst i. L.: Nachm. 3 Uhr (Generalversammlung) bei Mielle, Bahnhofstraße. — Götting: Nachm. 2 Uhr im „Goldenen Kreuz“, Langenstr. 43. — Herford: Vorm. 10 Uhr bei W. Gilbert, Brüderstraße. — Leipzig: Nachm. 3 Uhr (Generalversammlung) im „Tivoli“, Zeitzerstraße. — Magdeburg: Vorm. 10½ Uhr im „Sachsenhof“. — Neunkirchen: im „Gasthof zur Pfalz“, Wellenweilerstr. 38. — Oldenburg i. Gr.: Bei Schuhmacher, Kurwistr. 28. — Plauen i. Vogtl.: Nachm. 2½ Uhr. — Reutlingen: Nachm. 3 Uhr im „Franziskanereller“.

Für die Redaktion verantwortlich: Joh. Heeren, Hamburg, Befensbinderhof 57. — Verlag von O. Allmann, Hamburg. — Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.